

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2... Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 24. Juni 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeile 60 Pfennig... Reichsmark. 'Kleine Anzeigen'...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Locarno mit Trompeten.

Der erste Tag der außenpolitischen Debatte im Reichstag.

23. Juni. Vor fünf Jahren hielt an diesem Tage Hefferich seine große Rede gegen Rathenau.

Ein Außenminister, der unausgesetzte Niederlagen von einem Ausmaß erleiden kann, daß eine davon längst genügt hätte...

Strefemann setzt Rathenau Wert fort. Nächstens fährt er nach Oslo, um sich in einem Vortrag für den Nobel-Friedenspreis zu bedanken.

Gestern aber stand er vor dem Reichstag als der Außenminister des Bürgerblocks...

Die Deutschnationalen aber hörten ihm zu — nicht um aus seiner Rede für ihre eigene Sache Waffen zu schmieden.

Sie haben zunächst auf einen eigenen Redner verzichtet, sie möchten sich womöglich diese Beilichtheit ersparen.

So verlief alles glatt. Man hörte wohl die Räder und Schrauben ein wenig knarren, aber es gab keinen Bruch.

Ob das nun die richtige Art ist, eine außenpolitische Debatte vorzubereiten, mag billig bezweifelt werden.

Gewiß, Strefemanns Antwort an Poincaré gibt dem französischen Ministerpräsidenten Gelegenheit zu einer juristisch haarfachen und rhetorisch glänzenden Replik.

Über das man so viel Lärm macht, bedeutet herzlich wenig. Worauf es ankommt, hat Genosse Breitscheid ausgesprochen.

Über davon darf Herr Strefemann als Außenminister des Bürgerblocks nicht einmal reden! Desto mehr Leidenschaft des rednerischen Temperaments wendet er an die verbrühte Forderung der Truppenreduzierung.

daran, daß die französische Besatzung auf die berühmte 'Normalziffer' der einstigen deutschen Garnisonen gebracht wird!

Herr Strefemann ist sicher klug genug, um zu bemerken, daß diese Aufbauschung einer Nebenfrage ebenso wie seine breit ausgespannene Polemik gegen den französischen Ministerpräsidenten außenpolitisch gesehen, nicht gerade geschickt ist.

Gegenüber diesem kunstvoll verdeckten Durcheinander der Regierungsparteien hatte die Sozialdemokratie einen ausgezeichneten Standpunkt, den Genosse Breitscheid ausgezeichnet vertrat.

Herr Stöcker machte für gestern den Beschluß. Die klaren Erklärungen Breitschids, daß die deutsche Sozialdemokratie jeder Angriffspolitik gegen Rußland den denkbar stärksten Widerstand leisten würde...

Die Reichstagsitzung wird um 15 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Haus und Tribünen sind außerordentlich gut besucht.

Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik in Verbindung mit

der sozialdemokratischen Interpellation über die Tagung des Völkerbundes, der kommunistischen Interpellation über die antirussische Außenpolitik und die der Regierungsparteien über die Außenpolitik.

Reichsaußenminister Dr. Strefemann

bestreitet gegenüber der kommunistischen Interpellation, daß die deutsche Regierung eine antirussische Politik treibe und beruft sich dazu auf eine Aeußerung der Moskauer 'Iswestija'.

andererseits muß sich Deutschland gegen jede Eingmischung in seine innere Politik wehren. Es sei Pflicht aller Staaten, solche westrevolutionären Umtriebe zu verhindern.

Die Sechsmächtekonferenz in Genf hat dem Ziel gedient, die Ruhe und das Einvernehmen zwischen den Völkern zu fördern.

Ein zweiter Gesichtspunkt der Genfer Verhandlungen war die Erhaltung des Friedens in Europa. Die Ermordung des russischen Gesandten in Warschau und der albanische Konflikt hatten eine gespannte Lage geschaffen.

Der Minister gab dann einen Überblick über die Verhandlungen des Völkerbunds.

Er habe die Genehmigung, festzustellen, daß der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Völkerbundes bereits einberufen sei, um im Sinne der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz zu arbeiten.

Zwischenfall im Reichsrat.

Ministerialdirektor a. D. Sachs provoziert die preußische Regierung.

In der Donnerstagsitzung des Reichsrats ereignete sich ein Vorfall, der wieder einmal zeigt, daß die preußische Regierung gegenüber den reaktionären Elementen in der Beamenschaft viel zu lange Rücksicht geübt hat.

In der Donnerstagsitzung nahm nun — anscheinend auf Grund einer zwischen den beiden sich politisch nahe stehenden Herren getroffenen Vereinbarung — Reichsminister von Reudell das Wort, um Sachs einige herzliche Abschiedsgrüße des Reichsrats zu widmen.

Der ganze Vorfall zeigt, daß Sachs von der preußischen Regierung viel zu spät in den einseitigen Ruhestand versetzt worden ist. Andererseits aber geht aus ihm hervor, wie rechtsstehenden und von der preußischen Regierung abgebauten Beamten jenseits der Wilhelmstraße das Rückgrat durch die deutschnationalen Minister gestärkt wird.

gegen einmal ein ernstes Wort zu sagen und vor allem nach außen zu zeigen, daß sie unter allen Umständen entschlossen ist, dieses Spiel im gegebenen Falle durch entschiedene Maßnahmen zu durchkreuzen.

Neue Niederlage v. Reudells.

Dem Reichsrat ist die Regierungsvorlage über die Zolländerungen zugegangen. Die Reichsregierung hoffe, dem Reichsrat im Verlauf der nächsten Woche auch den Entwurf eines Reichschulgesetzes vorlegen zu können.

Die Einbürgerung ist nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz Sache der einzelnen Länder. Jedes der übrigen Länder kann Bedenken gegen die Einbürgerung erheben, diese jedoch nur auf Tatsachen stützen, welche die Beforgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung das Wohl des Reiches oder des Landes gefährden würde.

Reichsminister v. Reudell erklärte sich gegen die preußische Auffassung und regte eine Vertagung an. Er fand keine Unterstützung.

Der Antrag wurde in mamentlicher Abstimmung mit 42 gegen 21 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten Bayern, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Mecklenburg-Strelitz.

Damit hat Reichsinnenminister v. Reudell eine neue Niederlage im Reichsrat erlitten. Reichsinnenminister v. Reudell behielt sich vor, in der nächsten Sitzung eine Erklärung der Reichsregierung zu der Einbürgerungsfrage abzugeben.

deutsche Regierung werde alles tun, um die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz zu erfüllen. (Zuruf links: Und Schiele?) In der Regierung bestehen darüber keine Differenzen.

Das Abrüstungsproblem sei nicht so kompliziert, daß es nicht gelöst werden könne, wenn es entschlossen in die Hand genommen werde. Wir seien jedenfalls entschlossen, unseren Nachbarn alle notwendigen Sicherheiten zu geben. Ist aber auch überall der gute Wille zur Abrüstung vorhanden? (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Für den Völkerbund ist die Lösung dieser Frage eine Frage seiner eigenen Haltung. Mit der litauischen Regierung ist in der Remellfrage die bereits bekannt gemordene Regelung getroffen worden. Sie wurde am Schlusse der Völkerbundtagung in einer Erklärung des Vorsitzenden zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Damit sind auch die Forderungen der memelländischen Deutschen erfüllt worden. Wir hoffen, daß jetzt auch die guten Beziehungen zu Litauen dauernd wieder hergestellt sind.

Eine weitere Frage war die Zuziehung eines deutschen Vertreters in die Kolonial- und Mandatskommission des Völkerbundes. Die Mitwirkung darin richtet sich nicht gegen die Eingeborenen der Kolonien. Wenn wir selbst auch keinen Kolonialbesitz haben, so sind wir doch an der Entwicklung in den Kolonien interessiert. (Lachen bei den Komm.) Sie (zu den Kommunisten) sind doch gar nicht die Vertreter der Kolonialvölker. Deutschland aber hat schon manches in kultureller Beziehung für sie tun können. Wir müssen ferner die Möglichkeit haben, uns in den Rohstoffgebieten zu betätigen, auch wenn wir keinen eigenen Kolonialbesitz haben. Bei der Erörterung der Budgets des Völkerbundes ist darauf hingewiesen worden, daß die Teilnahme Deutschlands an der Mandatskommission eine natürliche Folge des Eintritts in den Völkerbund war.

Die Wünsche der freien Stadt Danzig in bezug auf das polnische Munitionslager auf Westerplatte sind leider nicht erfüllt worden. Da aber Danzig neue Vorschläge machen will, so ist jetzt keine Entscheidung darüber herbeigeführt worden.

Entlassung hat hervorgehoben, daß in der Frage der Truppenreduzierung keine Fortschritte gemacht worden sind.

Deutschland hat ein Recht, die Erfüllung der Zusicherungen von Locarno zu erwarten. Es gibt keine Auslegung darüber, wer hier im Recht ist oder nicht. Wenn die „Normalisierung“ einen Sinn haben soll, so doch den, daß die Truppenzahl auf den Stand im besetzten Gebiet reduziert wird, den sie vor dem Kriege hatte. Wenn die Zuverlässigkeit auf die Ergebnisse von Locarno in diesem Punkte erschüttert wird, dann muß sie insgesamt erschüttert werden. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Die Frage der Verteilung der Truppenkontingente zwischen den beteiligten Ländern ist eine Sache der Befehlshaber selbst. Uns stehen sie als eine Einheit gegenüber. Die Lösung dieser Frage darf auch nicht abhängig gemacht werden von den Erfüllungen irgendwelcher Forderungen durch uns. Wenn die Reichsregierung den General von Bameiz mit der Regelung der Festungsfrage beauftragt hat, so tat sie das, weil sie nichts zu verbergen hat.

Der Minister wandte sich dann der Rede Poincarés in Luncville zu. Der französische Ministerpräsident habe die Vorgänge aus vergangenen Tagen falsch dargestellt. Das Kriegsschiff „Elsah“, dessen Name für die deutsche Besinnung bezeichnend sein soll, ist im Jahre 1903 gebaut worden und gehört zu den Schiffen, die uns im Versailler Vertrag gelassen worden sind. Ueber die Auslegung der Bestimmungen von Locarno konnte es gar keine Meinungsverschiedenheiten geben. Die deutsche Regierung steht noch heute auf dem Standpunkt der Erklärung des Reichsanzlers nach Locarno. Herr Poincaré sollte sich an diese Erklärung halten und nicht in irgendwelchen veralteten Zeitungen blättern. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Auch in der Botschafterkonferenz ist offiziell festgestellt worden, daß von über 100 Fragen nur zwei ungelöst geblieben sind, die eine war die Frage der Oksietungen, die andere der preussischen Polizei. Die Botschafterkonferenz hat schriftlich anerkannt, daß ein weiteres Vorgehen gegen die vaterländischen Verbände nicht notwendig sei. Selbst wenn sich Poincaré auf diese wenigen Reste beruft, so kann er nicht im geringsten behaupten, daß Deutschland seine Pflicht in der Entnahmungsfrage nicht erfüllt habe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Poincaré habe gesagt, Frankreich wüßte den Frieden. Was will er aber?

Locarnopolitik oder Ruhrpolitik?

Eins oder das andere, beides zusammen ist nicht möglich. (Sehr gut! bei den Regierungsparteien.) Die deutsche Regierung ist den Weg nach Locarno und Genf gegangen, und niemand hat Deutschland mehr dafür gedankt als Briand und Herriot. Deutschland ist zur Verständigung bereit, aber niemals werden wir die Hand ergreifen, die der Sieger dem Besiegten reicht. Wir wollen, daß

die volle Souveränität auch im Rheinlande hergestellt wird. (Bravoo!) Wir wollen Freiheit und Frieden für alle Völker! (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Erklärung der Bürgerblockparteien.

Abg. Raas (Z.) gibt dann im Namen der Regierungsparteien folgende Erklärung ab:

Vor und nach seinem Eintritt in den Völkerbund hat das Deutsche Reich bewiesen, wie ernst es ihm mit dem Streben um ein wirklich befriedetes Europa und ein ausgeglichenes Zusammenarbeiten der Nationen ist. Die in der Regierung vertretenen Parteien entnehmen aus den Darlegungen des Herrn Reichsaussenministers mit Befriedigung, daß bei den in Genf stattgefundenen Verhandlungen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Völkerbundes es

Deutschland gelungen ist, positive und fruchtvolle Mitarbeit zu leisten.

im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens und der Lösung oder Milderung von Konflikten, die in der Öffentlichkeit als ernste Friedensbedrohung empfunden wurden. Die Haltung, welche die deutsche Delegation bei der Beratung dieser Fragen eingenommen hat, findet unsere Billigung.

Angesichts des Konflikts, der zurzeit zwischen dem englischen Reich und Sowjetrußland entstanden ist, stellen wir fest, daß von keiner Seite der Versuch gemacht worden ist, Deutschland aus der durch die Verträge und durch sein eigenes Interesse ihm vorgezeichneten Linie abzudrängen. Wir billigen das Bestreben der Reichsregierung, die Frage unseres Verhältnisses zu Rußland in Freiheit und Unabhängigkeit zu gestalten und die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu pflegen, die die geographische Lage Deutschlands und seine traditionellen Beziehungen zu dem russischen Volke nahelegen.

Diese Haltung schließt selbstverständlich das Recht Deutschlands nicht aus, gegebenenfalls gewissen Betätigungsformen der sowjetrussischen Politik außerhalb der Landesgrenzen mit Nachdruck entgegenzutreten und sich der berechtigten Entlastung anzuschließen, welche die Massenverurteilungen der letzten Wochen in der gesamten Kulturwelt ausgelöst haben.

Die Leitung der deutschen Außenpolitik hat einem Wunsch der europäischen Großmächte entsprochen, indem sie in Genf mitgewirkt hat, um die anlässlich des albanischen Konflikts entstandenen Gefahren zu bannen und eine friedliche Vereinigung der zwischen Albanien und Jugoslawien bestehenden Meinungsverschiedenheiten vorzubereiten.

Je stärker jedoch die bedeutungsvolle Funktion Deutschlands als unentbehrlicher Friedensfaktor in Erscheinung tritt, um so unerwünschter ist es, daß unserem Staatswesen immer noch Rechte vorenthalten bleiben, die für jeden Staat einen selbstverständlichen Bestandteil seiner Souveränität darstellen.

Nach der Annahme des Dawes-Guthachtens und seiner bisherigen reibungslosen Durchführung, nach dem Abschluß der Locarno-Verträge und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hätte dem Sinne des Vertrages und den Geboten politischer Gerechtigkeit die letzte Stunde fremder Besetzung auf deutschem Boden sofort schlagen müssen. Abgesehen aber davon, daß diese naturgemäße Auswirkung der neuen Abmachungen und vernunftgemäße Auslegung der Versailler Vertragsbestimmungen bis heute noch auf sich warten läßt, ist nicht einmal die Verminderung der Besatzungstruppen zur Durchführung gelangt. Deutschland hat auf diese Verminderung einen unbestreitbaren Anspruch. Es hält in seinen Händen die Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925. Aber es muß feststellen, daß bis heute die drei Okkupationsmächte England, Frankreich und Belgien das solidarisch gegebene Versprechen noch nicht eingelöst haben.

Es erhebt sich die Frage, wie die genannten Staaten es mit der Ehre des gegebenen Wortes zu vereinbaren gedenken, daß die Zusage vom November 1925 bis heute noch nicht erfüllt ist.

Mit stärkster Enttäuschung entnehmen wir aus den Darlegungen des Herrn Reichsaussenministers, daß es nicht gelungen ist, die diesem Ziele dienenden Genfer Besprechungen zum Abschluß zu bringen. Wir müssen der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, und wollen die soeben im englischen Parlament erfolgte Erklärung als ein günstiges Vorzeichen ansehen, daß es der Leitung der deutschen Außenpolitik gelingen wird, die eine Lösung dieses längst fälligen Versprechens endlich zu erreichen und zwar ohne Hingabe deutscher Konzessionen, die mit dieser Forderung in keinem rechtlichen Zusammenhang stehen.

Ein bemerkenswertes Entgegenkommen liegt in

der Haltung der deutschen Delegation in der Frage der Oksietungen. Im Hinblick auf die bis auf unwesentliche Restpunkte vollständig abgeschlossene Abrüstung Deutschlands sind wir der Auffassung, daß namentlich die Botschafterkonferenz ihre Funktionen und ihren Zweck erfüllt hat und daß die Zeit gekommen ist, diese Schöpfung der ersten Nachkriegszeit aufzuheben. Das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation zugunsten der in ihren statutarisch festgelegten Rechten verletzten Memelländer erfüllt uns mit Befriedigung. Aus dem gleichen Grunde begrüßen wir die in Genf unternommenen Schritte, um den Eintritt Deutschlands in die Mandatskommission des Völkerbundes zu sichern.

Daß es nicht gelungen ist, die Danziger Angelegenheit im Sinne der von dort gestellten berechtigten Anträge zu endgültiger Erledigung zu bringen, bedauern wir aufs tiefste.

Bestehende Kreise des deutschen Volkes sind zurzeit von tiefer Sorge und Enttäuschung beherrscht über den Stillstand bzw. um die verlangte Weiterführung des Werkes von Locarno, vor allem in seinen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. In dieser Sorge fühlen sie sich bekräftigt durch die unverständlichen Ausführungen des Herrn französischen Ministerpräsidenten, der gelegentlich einer Denkmalsrede in Lunéville in einer Weise in das Gebiet der Außenpolitik eingegriffen hat, die mit dem Geiste von Locarno und der logischen Weiterführung seiner bisherigen Ergebnisse unvereinbar ist. Wenn dieser Geist zum beherrschenden Regens der französischen Politik werden sollte, dann würde allerdings die Hoffnung auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der beiden Nachbarmächte und eine dauernde Befriedigung Europas ausgegeben werden müssen. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung sich auch in der Weiterführung der deutschen Außenpolitik neben der fruchtvollen Geltendmachung deutscher Rechte von dem Grundgedanken der Vertragstreue, ehrlichen Verständigungswillens und loyaler Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkerpolitik leiten läßt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Die Erklärung der Regierungsparteien war nach außen sehr klar gehalten, aber sie enthält sich doch jeder Kritik an dem Verhalten der deutschen Delegation in Genf, sie lobte sie sogar und sie unterschied sich auch in verschiedenen anderen Beziehungen sehr wesentlich von gewissen Presseäußerungen der größten Regierungspartei in den letzten acht Tagen.

Wir erkennen an, mit welcher Selbstaufopferung die Deutschenationalen dieser Erklärung ihre Zustimmung gegeben haben.

Diese Regierung scheint ja in der Lage zu sein, das scheinbar Unvereinbare zu vereinen. Die mögliche Gewalt des Zentrums scheint Wunderkräfte zu wirken. Immer dann, wenn ein Riß in der Regierung zu klettern ist, dann scheint das Zentrum etwas von der Wunderkraft der alten Heiligen zu haben. (Heiterkeit.) Wir wünschen Ihnen (nach rechts) alles Glück und ein langes Leben, um recht häufig wie es heute die Deutschenationalen tun, zu verzeihen, was Sie gestern noch behauptet haben. Die heilige Wunderkraft des Zentrums ist aber leider nicht in der Lage, die internationalen Gegensätze ebenso zu überbrücken wie innerhalb der Regierungsparteien.

Und so sehen wir uns einmal wieder in einer Situation, die zu lebhaften Besorgnissen Veranlassung geben muß.

Aus diesem Grunde haben wir unsere Interpellation eingebracht. Sie knüpft an die Genfer Verhandlungen an, an die Verhandlungen des Völkerbundesrats und an die der sechs Außenminister. Ueber die eigentlichen Ratsverhandlungen hat ja die Presse aller Länder berichtet. Unbeeinflusst davon dürfen wir feststellen, daß gegen das Auftreten der deutschen Delegation in Genf keine wesentlichen Einwände zu erheben sind, es besteht auch kein Grund zu der Feststellung, daß Deutschland bei den Ratsverhandlungen schlecht abgeschnitten hat.

Dem Außenminister ist kein Vorwurf zu machen, daß er die Remelländische Frage nicht zur Sprache gebracht hat. Mit dem von ihm geübten Verfahren sind wir einverstanden. Sollte Litauen es ablehnen, auf Grund dieser Vereinbarungen vorzugehen, dann hätte auch eine formulierte Entschädigung des Völkerbundes nichts Besseres bewirkt. Hoffen wir, daß der Staat Litauen, der in letzter Zeit eine Selbstsicherheit zur Schau trägt, die seinen Leistungen innerhalb der Völker keineswegs entspricht, sich der Pflichten bewußt bleibt, die ihm das Remellabkommen von 1924 auferlegt. Gerade hier haben wir ein Beispiel für den Wert der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund. Ähnlich ist es in der Frage des

Politisches Theater.

Zur diesjährigen Volksbühnentagung in Magdeburg.

Von Leopold Lehner.

Die heute mit soviel Nachdruck diskutierte Frage des politischen Theaters hat eine Reihe neuer Schlagwörter in Umlauf gebracht, die verwirren wirken müssen. In leidenschaftlich bewegten Zeiten schweben solche Vokabeln wie Bausteine durch die Luft. Und der Schaden, den sie anrichten, ist unübersehbar.

Was will das Theater von heute? Und was will das heute vom Theater?

Diese beiden Fragen als Kardinalfragen müssen Richtschnur jeder Erörterung sein.

Es klingt fast unglücklich, aber die Grundtatsache, daß das Theater nicht mehr rein ästhetischen Gesichtspunkten dienlich sein kann, begegnet noch immer stärksten Zweifeln und stärkstem Widerstand.

Von jeher war das Theater ein Glied des Kulturorgans. Ein prägnanter Zug im Gesicht der Zeit. Es konnte für das schwebende Wohlleben, für die sich übersteigernden Gemüthe der Vorkriegsjahre keinen überzeugenderen Ausdruck geben, als das Theater der Illusion, das Nichts-als-Spiel-Theater. Nachdem aber Krieg und Revolution der Zeit ihr Siegel aufgedrückt hatten, das bis in jede Erscheinung hinein spürbar war, hatte das Theater des Genusses, die Bühne des Nichts-als-Spiels, den Boden verloren. Die Welt des Scheins wurde durch die Attacken der Wirklichkeit zerstört. Die schillerndste Farbe wurde durch die Vision vergessenen Blutes überboten, die klingendste Melodie durch den Schrei der Straße überhört.

Die Zeit hatte ein politisches Gesicht. Die Politik war zentral geworden: im Sinne einer Weltanschauung. Raum gibt es einen Zweig heutigen Lebens oder heutigen Wissens, der sich dieser Atmosphäre entziehen könnte. Wo wir an praktische oder ideologisch orientierte Fragen rühren — die Zeit verleiht ihnen automatisch ein politisches Gepräge. So wird auch das Theater — sofern es nicht abseits der Zeit stehen will — in jenem großen weltanschaulichen Sinne politisch sein — so etwa, wie das Theater der Griechen in weltanschaulichem Sinne religiös war.

Es ist falsch, und dies kann nicht oft genug betont werden, Politik gleichbedeutend mit Parteigeistung zu setzen. Das hieße, eine mögliche Konsequenz zur gewissen Voraussetzung zu machen. Und so darf auch der Begriff des politischen Theaters nicht mit dem des Parteitheataters verwechselt werden. Politisches Theater, d. i. das Theater des allgemeinen Zeitausdrucks. Parteitheater, d. i. das Theater des begrenzten Fraktionswillens. Das eine hat zum Endzweck die Kunst mit den Mitteln gewandelter Weltanschauung; das andere die Verwirklichung des Parteiprogramms mit den Mitteln der Kunst.

Wenn ich als ein mir naheliegenderes Beispiel die „Hamlet“-Aufführung des Staatlichen Schauspielhauses anführe, so war hier der Versuch gemacht, ein ewig gültiges Dichtwerk vom Blickpunkt einer gewandelten Weltanschauung aus zu geben. Die Wandlung bestand in einer Abkehr von psychologischen Gesichtspunkten. Was konnte uns heute noch nach soviel ästhetisch-wissenschaftlichen Kommentaren und nach so erschöpfenden Spitzenleistungen der Schauspielkunst (Rains!) die Psychologie der Hamlet-Figur interessieren? Die Grammophonplatte von „Sein oder Nichtsein“ ist ausgewählt. Die Melancholie des Dänenprinzen ist sprichwörtlich und somit klischee geworden.

Der Hamlet von heute bedurfte weniger des Smotings und der Bügelsalbe als eines neuen Stichwortes. Und dieses Stichwort hieß: „Etwas ist faul im Staate Dänemark.“ Hier liegt der Angelpunkt für das Bild Hamlets. Hier der Grund seiner Einsamkeit. Hier das Martyrium, an dem er zugrunde geht. Der Rachegedanke für seinen Vater ist nur der greifbare Antrieb seines Gebarens. Denn hier wurde unter unzähligen Untaten eine — und zwar die gravierendste — offenbar, die die Worsheit jenes Königshofes entlarvte — die Worsheit der Gesinnung und des Zeremoniells, hinter dem sich der Zerfall verbarg. Deshalb mußte dieses Zeremoniell und sein Exponent Polonius besonders penetrant gezeigt werden. Deshalb mußte die Panik dieses Zeremoniells im Moment der Enttarnung besonders sichtbar werden. (Und aus diesem, und nicht etwa rein dekorativem Grunde war das Hoftheater in all seinem Prunk und all seiner Gala-Atmosphäre aufgebaut.) Deshalb mußte die Falschheit, wo sie sich nicht zu verbergen vermag, in Gestalt der Höflinge Gaidenstern und Rosenkranz besonders hervorgekehrt werden.

Niemand kann zu Recht behaupten, diese Anschauung hätte Shakespeare „vergewaltigt“. Denn es ist nichts darin, was nicht im „Hamlet“ enthalten wäre. Nur die Beleuchtung sozusagen hat gewechselt. So etwa, als wenn man den Prinzen von Homburg nicht mehr als Hohenzollern-Dithyrambus im Sinne der Siegesfeier sieht, sondern als Verherrlichung des Staatsgedankens — in Person des Großen Kurfürsten — der autoritativ bleiben muß über jede Handlung innerhalb des Staatsgefüges.

Dies seien Beispiele für das Theater als Zeitausdruck und in diesem Sinne als politisches Faktum, wobei das Politische ein Mittel des künstlerischen ist und nicht seine Aufhebung, ähnlich wie im griechischen Theater das Religiöse Attribut des künstlerischen war und nicht Selbstzweck, ähnlich, wie das klassische Theater Goethes und Schillers nicht dergestalt als eine moralische Anstalt sich darstellte, daß das Lehrhafte darin überwog.

Das Theater von heute — um es noch einmal zusammenzufassen — zeichnet sich nicht so sehr durch Spielertätigkeit aus wie durch die dahinterstehende Gesinnung — eine Gesinnung, die als Weltanschauung sich künstlerisch auswirkt, niemals aber als Parteizwang künstlerisierend werden darf.

„Zu stark für dies Leben.“ Die Novelle von Iwan Heilbut, deren Veröffentlichung wir in nächster Nummer beginnen, ist eine Mitteil- und Charakterstudie aus dem deutschen Kleinbürgertum. Aus kleinbürgerlichen Verhältnissen sind die Träger der Handlung erwachsen, die wirtschaftliche und soziale Struktur des Kleinbürgertums hat ihrem Wesen das Gepräge gegeben. Kleinbürgerliche Enge der Lebenshaltung und Lebensanschauung formt ihr Schicksal und führt durch ein banales Ereignis die tragische Katastrophe herbei. Heilbut's Erzählkunst ist den „Vorwärts“-Lesern aus zahlreichen Beiträgen bekannt, die unter Feuilleton brachte. Sie zeigt in dieser Novelle den besonderen Reiz ihrer Eigenart: eine feine, stille Poesie, die nichts schönfärbt, aber in liebevoller Schilderung des Kleinen und Kleinsten, in tiefem Versehen und warmem Mitleiden den Alltag umnd seine Geschöpfe verklärt.

Zum Würzburger Studentenrat. Die sozialistischen Studenten der Universität Berlin haben auf eine Besichtigung des Würzburger Studententages mit folgender Erklärung verzichtet: Wir anerkennen den Grundgedanken einer wahren, kulturpolitisch aufgebauten großdeutschen Studentenschaft. Die bestehende sogenannte Deutsche Studentenschaft erfüllt diese Bedingungen nicht, vielmehr haben gerade die Ereignisse des letzten Jahres deren parteipolitisch-reaktionäre Einstellung in ihrem Wesen und deren kleinpolitische Organisationsform in aller Deutlichkeit offenbart. Wir sehen in dieser Deutschen Studentenschaft immer noch einen rein politischen Privatverein, dem wir nur zwangsweise angehören. Nach wie vor lehnen die sozialistischen Studenten eine Delegation zu den Tagungen der Deutschen Studentenschaft ab. Erst die restlose Durchführung der studienrechtlichen Landtagsbeschlüsse wird den großdeutschen Aufbau einer studentischen Gemeinschaft ermöglichen. In diesem Sinne begrüßen wir die Maßnahmen des Kultusministers zur Durchführung der Landtagsbeschlüsse am 1. Oktober dieses Jahres.

Dritter Kongress für Organisation der Arbeit. Der dritte internationale Kongress für wissenschaftliche Organisation der Arbeit wird in Rom am 5. September dieses Jahres eröffnet werden; die vorhergehenden Kongresse fanden 1924 in Prag und 1925 in Brüssel statt. Die Arbeit des Kongresses soll in vier Sektionen stattfinden, von denen jede die Probleme der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation innerhalb eines Gesamttitels unteruchen soll, und zwar in der Industrie und im Handel mit industriellen Erzeugnissen, in der Landwirtschaft und den zugehörigen Handelszweigen, in der Behördenorganisation und den öffentlichen Diensten und schließlich in der Hauswirtschaft. Innerhalb jeder Sektion sollen die allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die technischen Faktoren und die Einwirkung der menschlichen Arbeitskraft auf dem betreffenden Arbeitsgebiet untersucht werden. Die deutsche Teilnahme an dem Kongress wird vom Reichsministerium für Wirtschaftlichkeit gemeinsam mit dem Verein deutscher Ingenieure vorbereitet. Eine Anzahl deutscher Sachverständiger sind aufgefordert, Referate für den Kongress zu übernehmen.

Das Staatliche Kupferlichtkabinett eröffnet am 25. Juni eine Ausstellung des graphischen Werks von Käthe Kollwitz zu Ehren des 60. Geburtstages der Künstlerin am 8. Juli.

Freistaates Danzig. Deutschland hat jetzt das Recht, sich der deutschen Minderheiten außerhalb seiner Grenzen anzunehmen.

Zur Frage der Abrüstung ist unsere Stellungnahme bekannt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, nachdem Deutschland abgerüstet hat,

es das moralische Recht besitzt, zu verlangen, daß auf Grund der Verträge die anderen Staaten keinem Beispiel folgen.

Der Außenminister hat mit Recht gefordert, daß die anderen Regierungen mit größerer Energie an die Lösung dieser Frage herangehen, als dies bis jetzt geschehen ist. Aber in Übereinstimmung mit dem belgischen Außenminister Vanderveelde, unserem Parteifreunde, sagen wir, daß das nicht Sache der Regierungen allein ist, sondern es ist mehr als bisher Sache der Nationen selbst, ihre launeligen Regierungen zu energischeren Vorgehen zu veranlassen. Was in Genf in dieser Frage geschehen ist, kann niemand mit Genugtuung erfüllen. Leider hat man oft genug den Eindruck, daß die Sachverständigen, die von den einzelnen Staaten entsandt worden sind, Sachverständige für Zustimmung aber nicht für Abrüstung gewesen sind. Die Pflicht aller Länder, einschließlich Deutschlands ist es, dafür zu sorgen, daß nicht nur die eigentlichen Delegierten, sondern auch die Sachverständigen Leute sind, die in der Frage der Abrüstung mit dem Herzen bei der Sache sind. Deutschland könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr richtig bei den Soz.)

Herr Stresemann war in Genf Berichterstatter über die Weltwirtschaftskonferenz. Er hat dort eine sehr schöne Rede gehalten. Er hält immer sehr schöne Reden, besonders dann, wenn er schulfrei hat, wenn er der Kaffee seiner strengen deutschen Schulmeister entrückt ist. (Stürmische Heiterkeit.)

Stresemann hat am 16. Juni gesprochen, am 16. Juni kam aber das Kabinett mit einem Beschluß an. Forderungen heraus, für Skaroffen, für Jucker, für Schweinefleisch. In Genf redet man also anders als in Berlin.

Daß Unstimmigkeiten in der Regierung vorhanden sind, zeigen auch die Reden der Herren Schiele und Curtius. Schiele wendet sich gegen die freie Einfuhr, Curtius aber erklärt den Einfuhrüberschuß für die natürlichste Sache von der Welt. Herr Schiele spricht für den Protektionismus, Herr Curtius dagegen.

Meine Herren von der Regierung: machen Sie doch einmal ein Regierungs-Cocarno, machen Sie einen Sicherheitspakt, garantiert von einer Großmacht wie den Reichsstänken. (Stürmische Heiterkeit.)

Von größter Bedeutung war die Beratung der Außenminister. Der Völkerbund ist nicht zuletzt aus dem Gedanken heraus geschaffen worden, um mit der alten Geheimdiplomatie Schluß zu machen. Die Völker haben ein volles Anrecht darauf, nicht nur die betroffenen Abmachungen kennen zu lernen, sondern auch über die Art wie sie zustande kommen, auf dem laufenden zu bleiben. Wir wissen, daß nicht alle Dinge, die zwischen den Regierungen verhandelt werden, auf den offenen Markt getragen werden können. Aber eine große Gefahr entsteht dadurch, wenn die Sitzungen des Völkerbundes nur darauf hinauslaufen, den verschiedenen Ländern Gelegenheit zu geben, Beratungen zu geben. Dadurch könnte der Völkerbund leicht zu einer Art Registrierbureau herabgewürdigt werden, der das zu tun hat, wofür man in geheimen Verhandlungen bereits Übereinstimmung erzielt hat.

Wir möchten davor warnen, daß auf diese Weise der Geheimdiplomatie wieder der Vortritt gegeben wird. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Es kommt ja auch heute vor, daß die Berichterstatter des Völkerbundes die Fragen, die ihnen nur zugeteilt sind, heftiger verteidigen, als ihre eigenen Angelegenheiten. Sie tragen häufig nur das vor, was ihnen das Völkerbundssekretariat übergibt. Das bedeutet die Gefahr, daß der Völkerbund in unersetzlicher Weise bürokratisiert wird, daß die Bürokratie des Völkerbundes über Staatsmänner herrscht, die von den Vätern nach Genf entsandt werden. Diese Entwicklung entspricht nicht dem, was man sich bei der Errichtung des Völkerbundes vorgestellt hat. Eine Ratifikation soll nicht die Gelegenheit zu Besprechungen für die großen Staaten sein. Werden die kleinen Staaten nicht dem Völkerbund entfremdet, wenn sie von den hochwichtigen Fragen ausgeschlossen sind? Auf diesem Wege könnte die Liebe der kleinen Staaten zum Völkerbund sehr bald erkalten. Das liegt nicht im Interesse Deutschlands und des Völkerbundes.

Warum ist nicht der Völkerbund, sondern sind nur die Großmächte mit der albanischen Frage befaßt worden?

Schwaben hat doch in seiner Rolle an den Völkerbund selbst die Anregung dazu gegeben, daß der Völkerbundsrat sich mit dieser Frage beschäftigen solle. Wenn es sich nur um einen jugoslawisch-albanischen Konflikt gehandelt hätte, dann würde sich der Völkerbund sicherlich damit beschäftigen haben; aber weil eine Großmacht, nämlich Italien, dahintersteht, wollte man dieses heiße Eisen nicht anrühren. Das halten wir für bedenklich und gefährlich, denn wenn die Frage wieder aufs Neue auftauchen sollte, dann könnte dieser Konflikt weit ernstere Formen annehmen.

Run zur russischen Frage. Wir müssen uns schon damit abfinden, daß die deutschen Kommunisten, die russischer sind als Rußland, uns als Agenten Chamberlains bezeichnen. Wir können uns um so eher damit abfinden, als ja auch Trotski zum Agenten Chamberlains geworden ist. Das hindert uns aber nicht, Rußland gegenüber auf unserer bisherigen Linie zu bleiben.

Wir wollen Freundschaft und gute Beziehungen zu Rußland halten. Wir werden alles aufbieten, um jeder Art von heiliger Alliance entgegenzutreten. Aber auf der anderen Seite lehnen wir es ab, mit Moskau durch die und dann zu gehen, oder wie man sagt, für den Osten gegen den Westen zu kämpfen.

Wir stehen auch nicht an, das Vorgehen gegen die Arcos in London für absolut töricht und verfehlt zu bezeichnen. Solche Dokumente, wie sie dort gelacht werden, befinden sich wahrscheinlich in allen diplomatischen Missionen der Welt. Aber auch das, was in Moskau geschieht, ist nicht geeignet, der Sowjetregierung die bisherigen Sympathien zu erhalten oder neue zu erwerben. Die Erfolgserwartungen waren nichts anderes als Selbstmorde. Wenn von russischer Seite erklärt wird, der Krieg sei ja doch unvermeidlich, so sage ich, gerade die immerwährende Wiederholung dieser Behauptung schafft die Möglichkeit, einen Krieg tatsächlich herbeizuführen. Auch unsere Generale haben vor 1914 den Krieg als unvermeidlich bezeichnet, bis er dann wirklich gekommen ist. Die russischen Kommunisten behaupten doch, daß sie etwas Neues schaffen wollen, eine neue Welt mit neuen moralischen Grundgesetzen, die besser sein sollte, als die alte. Warum fangen sie damit nicht in der auswärtigen Politik an? Warum verfolgen sie nicht das Wort von Karl Marx in der Inauguraladresse, das die arbeitende Klasse den Versuch machen muß, die Rechtsideen, die unter den Menschen herrschen, auch auf dem Gebiete der internationalen Politik zu verwirklichen? Nun sagt man, man bekämpfe nicht Rußland, sondern die dritte Internationale. Auch diese Einstellung scheint uns sehr bedenklich, denn es handelt sich ja um die gleichen Ideen. Die Repräsentanten der dritten Internationale sind die kommunistischen Parteien in den einzelnen Staaten. Es könnte also daraus ein Kampf gegen eine Partei entstehen. Dagegen wenden wir uns mit der größten Entschiedenheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere internationale Gefahr liegt ja noch im Faschismus. Man müßte sich als folgerichtig auch mit einer Bekämpfung des Faschismus befassen.

Man hat in einem Teil der Presse behauptet, daß für Deutschland in Genf nichts erreicht worden sei. Die Kommunisten verlangen, daß Deutschland die Mitgliedschaft in der Mandatskommission ablehne. Wir sind für eine Überweisung ihres Antrages zur weiteren Prüfung an den Auswärtigen Ausschuß. Wir sehen allerdings in der Mitgliedschaft Deutschlands, in der Kolonialmandats-

kommission keine Bedenken. Es kann vorzuziehbar sein, wenn Deutschland bei der Verwaltung der Mandate mitreden kann,

aber wir wehren uns ganz entschieden gegen eine aktive Kolonialpolitik Deutschlands, weil wir nicht wieder in imperialistische Konflikte hineingezogen werden wollen.

Wir müssen uns endlich von der Auffassung freimachen, als ob wir aus Genf immer etwas wie ein Weihnachtsgeschenk mitbringen müßten. Ich verstehe nicht die Aufregung der deutschnationalen Presse über die Kontrolle der Offensiven. Die deutschnationalen haben sich doch mit der Zerstörung selbst einverstanden erklärt, weshalb sind sie jetzt nicht mit der Kontrolle einverstanden? Diese Frage ist nicht geeignet, um eine Kluft zwischen Deutschland und Frankreich aufzureißen. Wir stimmen dem Wege zu, der jetzt gefunden worden ist, um diese Frage zu regeln, dem ja auch die deutschnationalen Fraktion zugestimmt bereit ist.

Daß die Beziehungen zu Frankreich nicht so sind, wie auch wir es wünschen, ist auch seit langem bekannt.

Auch die Sozialdemokratie hält den Anspruch auf eine schnelle Räumung des Rheinlandes für durchaus berechtigt. An dem Prinzip der vollständigen Räumung hatten wir selbstverständlich fest.

Die Rede Poincarés hat die Lage gewiß nicht verbessert. Aber sie unterscheidet sich doch immerhin sehr zu ihrem Vorteil von den Reden, die derselbe Mann vor drei Jahren gehalten hat. Jeder Staatsmann muß vergessen können, Stresemann hat ja auch manches vergessen müssen. (Heiterkeit.) Die Kunst eines guten Staatsmannes ist, daß er ein nicht zu gutes Gedächtnis besitzt.

Monatelang sitzen die deutschnationalen schon in der Regierung, und trotzdem werfen sie ihr andauernd politische Mißerfolge vor. Seit dem Eintreten der deutschnationalen in die Regierung sind außenpolitisch gewisse Schwierigkeiten entstanden.

Aber wo sind die neuen Wege deutscher Außenpolitik, die die deutschnationalen vorher angekündigt haben?

Offenbar haben die deutschnationalen selbst keinen dieser neuen Wege gefunden. Bei den deutschnationalen geht auch jetzt noch das alte Spiel weiter, in der Agitation draußen im Lande etwas anderes zu sagen als in der Regierung. Sie wollen die Freuden der Regierung mit den Freuden der Opposition vereinen. Wir werden

alles tun, um dieses Spiel zu verhindern. Sie tragen die Verantwortung für die Außenpolitik, sie tragen die Verantwortung für die Schließung der Offensiven, für das Kriegsgeräteeck, für alle Mißerfolge Deutschlands. Von dieser Verantwortung können sie sich nicht losprechen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Warum verlangen sie heute nicht mehr die Zerstückung des Vertrages von Versailles? (Wärm bei den deutschnationalen.)

Die Sozialdemokratie wird den Weg der Verständigung und des Ausgleichs trotz aller Schwierigkeiten weitergehen. Gewiß ist die auswärtige Politik Dr. Stresemanns in ihren Zielen und Motiven nicht die Politik der Sozialdemokratie. Aber es wäre ein Wahnsinn, ihr entgegenzutreten, weil ihre Ziele nicht mit den unseren übereinstimmen. Wir stützen uns in unserer Politik auf die Arbeitermassen. Die Politik der Arbeiterinternationale ist die einzige, die den dauernden Frieden garantieren kann. Die auswärtige Politik des Proletariats ist ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Stoeker (Komm.) erklärt, die deutschnationalen hätten sich durch die gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien um eine eigene Stellungnahme gedrückt. Auch die Sozialdemokratie habe die Stirn gehakt, den Völkerbund als das Friedensinstrument der Völker zu bezeichnen. Von diesem Völkerbunde könne man nicht das Beste für die Sicherung des Friedens erwarten. In aller Welt werde die kapitalistische Unterdrückungsmethode trotz des Völkerbundes fortgesetzt. Ein Musterbeispiel dafür sei das Vorgehen der konservativen britischen Regierung gegen Sowjetrußland. Jede andere Nation würde eine solche Kette von Provokationen mit einer Kriegserklärung beantworten haben. Aber Rußland setze bestmögliche seine Friedenspolitik fort. In Polen und Rumänien werde mit britischen Geldern fleißig gearbeitet gegen Rußland gearbeitet. Genf habe gezeigt, daß Deutschland bereit sei, immer mehr in die britische Antirußlandfront einzutreten. Die Entrüstung über die Erschießungen in Moskau sei eben heuchelei. Der Redner begründet den kommunistischen Antrag auf Ablehnung des Eintritts Deutschlands in die koloniale Mandatskommission.

Die Debatte wird nunmehr abgebrochen. — In allen drei Sessungen wird noch ohne Aussprache das internationale Abkommen zur einheitlichen Feststellung für Regeln über die Immunitäten der Staatsschiffe angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Freitag 14 Uhr: Fortsetzung der außenpolitischen Debatte, Verlängerung des Sperrgesetzes wegen der Fürstenabfindung. Schluß 18 1/2 Uhr.

Erfolgreicher Kollektivschritt in Belgrad

Gleichlautende Noten Frankreichs, Deutschlands, Englands und Italiens überreicht

Belgrad, 23. Juni. (TU.) Die Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Englands und Italiens hatten heute bei der jugoslawischen Regierung einen Kollektivschritt zur Beilegung des jugoslawisch-albanischen Konfliktes unternommen. Sie überreichten dem Außenminister eine gleichlautende Verbalsnote.

Die italienische Note hat folgenden Wortlaut:

„Die italienische königliche Regierung bedauert die Schwierigkeiten, welche dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen mit Albanien in der Frage des Zwischenfalls entstanden sind, der große Bedeutung gewinnt, da er einen Konflikt mit den beiden Nachbarn hätte verursachen können. Sie bezieht sich daher in diesem Falle möglichst bald durch persönliche Fühlungnahme zu schließen. Eine ehrbare Lösung für beide Staaten könnte nach ihrer Meinung gefunden werden, wenn die Regierung der Republik Albanien Durasko, politisch auf freien Fuß setzen würde und wenn gleichzeitig die Regierung seiner Majestät des Königs der Serben, Kroaten und Slowenen die Note des Geschäftsträgers Jugoslawiens vom 1. Juni d. J. abändern würde, indem sie die Ausdrücke, welche die Regierung der albanischen Republik als verlegend empfand, streiche. Das zu wählende Datum des Verständigung zwischen beiden Regierungen soll möglichst bald angelegt werden. Die Regierung der königlichen Italien würde glücklich sein, zu erfahren, daß diese im vollen Einvernehmen mit den Regierungen Deutschlands, Englands und Frankreichs angestrebte Lösung von den Regierungen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen angenommen würde.“

Die Besoldungsfrage.

Ein letzter Schritt des ADG. — Sozialdemokratische Richtlinien.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund wird trotz des negativen Ausgangs der Finanzministerkonferenz am Freitag vormittag beim Reichsfinanzminister noch einmal vorkommen, um in letzter Stunde noch einen Schritt zur Verringerung der Besoldung der Beamenschaft, vor allem der unteren und mittleren Beamten, zu unternehmen. Bleibt dieser Schritt ohne Erfolg und bringen es die Regierungsparteien des Reichstags fertig, trotz aller Vorstellungen und Rundgebungen der Beamenschaft eine sofortige Hilfe abzulehnen, dann muß der Kampf um eine soziale Gestaltung der Besoldungsreform sofort und mit verdoppelter Energie und Schärfe einsetzten. Das unmittelbare Ziel dieses Kampfes wird durch eine Reihe von Richtlinien abgesteckt, wie sie schon bei der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags im Anschluß an die von dem Abgeordneten Simon beim Finanzetat gegebenen Anregungen formuliert und am Donnerstag dem Preussischen Landtag vorgelegt hat.

Vertagte Poincaré-Debatte.

Bis nach der Erledigung der Wahlreform.

Paris, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum hatte am Donnerstag eine längere Unterredung mit Poincaré. Es wurde vereinbart, am Freitag im Plenum der Kammer nur darüber zu diskutieren, wann die sozialistische Interpellation zur Debatte kommen sollen. Blum und Poincaré einigten sich darauf, daß die Interpellationsdebatte bis nach der Erledigung der Wahlreform vertagt werden soll, da der Außenminister Briand voraussichtlich wegen seiner Erkrankung nicht vor der Kammer erscheinen dürfte.

Diese Vereinbarung bedeutet aller Wahrscheinlichkeit nach eine Vertagung der Interpellation über die Rede Poincarés in Lunéville um mehrere Wochen. Dabei dürfte weniger die Erkrankung Briands als der Wunsch aller Linksparteien, insbesondere der Sozialisten, maßgebend gewesen sein, noch vor den Parlamentsferien die Wahlreform zu verabschieden, die durch den Ausbruch einer Regierungs-krise gefährdet werden könnte.

Brd. Startberei. Brd. erklärte, er werde voraussichtlich morgen um 4 Uhr zu seinem Transoceanflug aufsteigen.

Das Pressebureau des jugoslawischen Außenministeriums hat heute ein Kommuniqué herausgegeben, in dem mitgeteilt wird, daß die Gesandten Deutschlands, Frankreichs, Italiens sowie des Geschäftsträger Großbritanniens heute einen Schritt zur Lösung des albanischen Konfliktes getan habe. In dem Kommuniqué wird weiter mitgeteilt, daß die jugoslawische Regierung bereits früher dem Sekretär des Völkerbundes mitgeteilt habe, daß sie bereit sei, die von der albanischen Regierung als beleidigend empfundenen Ausdrücke aus der Note zu streichen. Das Außenministerium erklärte, daß die jugoslawische Regierung den Vorschlag annehme und daß sie darüber den französischen Gesandten in Tirana verständigen werde, in der Note die vorgeschlagenen Korrekturen vorzunehmen. In demselben Augenblick solle Duraskoolisch auf freien Fuß gesetzt werden. Von diesem Augenblick an, so heißt es in dem Kommuniqué, würden die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen als wiederhergestellt betrachtet werden.

Heute abend wurde von der Belgrader französischen Gesandtschaft an den französischen Gesandten in Tirana ein dringendes Telegramm geschickt, in dem ihm über den Erfolg des heutigen Kollektivschrittes der Großmächte in Belgrad Mitteilung gemacht wird.

Kollektivschritt auch in Tirana.

Belgrad, 23. Juni. (WB.) Die Vertreter Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens haben, wie aus Tirana gemeldet wird, heute vormittag auch bei der albanischen Regierung eine Demarche unternommen, welche der am Nachmittag in Belgrad erfolgten entsprach.

Cachin wird zum Märtyrer.

Zwei Stimmen Mehrheit für die Inhaftierung.

Paris, 23. Juni. (TU.) Die Kammer beschäftigte sich heute mit der Frage über die Inhaftierung des kommunistischen Abgeordneten Cachin. Der Justizminister Barthou verteilte im Namen der Regierung im Gegensatz zu den sozialistischen und radikalen Wortführern den Standpunkt, daß nach den französischen Gesetzen ein Abgeordneter auch während der Session zu der gegen ihn verhängten und rechtskräftig gewordenen Strafe angehalten werden kann, falls sich die Kammer dafür ausdrückt. Es kam schließlich zu einer namentlichen Abstimmung, die den scharfen Gegensatz der beiden Lager über diese Frage klar zum Ausdruck brachte. Der sozialistische Antrag wurde mit 241 gegen 239 Stimmen abgelehnt. Cachin, der sich noch vor der Abstimmung mit dem Antritt seiner Strafe einverstanden erklärt hatte, stellte nur die Bejahung, daß auch seinen verurteilten Kameraden ein Strafaußschuß von vierzehn Tagen bewilligt werde, einem Verlangen, dem Justizminister Barthou zustimmte. In kommunistischen Kreisen hält man die Inhaftierung Cachins und seiner Genossen für ein außerordentliches Propagandamittel, daher auch die große Beleidigung Cachins, seine Strafe zu verbüßen.

Paris, 23. Juni. (TU.) Die Sozialistische Kammerfraktion ergriff die Initiative, an den Präsidenten der Republik ein Gnadengesuch für alle politischen Verurteilten zu richten. Der sozialistische Schritt steht im Zusammenhang mit der bevorstehenden Anhaltung des kommunistischen Führers Cachin zur Verbüßung seiner sechsmonatigen Strafe wegen Pressevergehens. (Dieser Vorschlag hat um so größere Aussicht auf Zustimmung durch Doumergue, als solche Gnadenakte am Vorabend des Nationalfeiertages vom 14. Juli durchaus üblich sind. Red. d. „B.“)

Antistreichgesetz im Unterhaus verabschiedet

London, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Antistreichgesetz der Regierung, das am Donnerstag vom Unterhaus in dritter Lesung verabschiedet wurde, geht jetzt dem Oberhaus zu. Am Schluß der Diskussion erklärte Thomas für die Arbeiterpartei, daß die Regierung kein Mandat für das Gesetz besitze, und daß die Nachwahlbeschlüsse über die große Majorität gegen die Regierung ergeben hätten. Er erklärte, daß die Regierungsvorschläge auf Reform des Oberhauses die Arbeiterpartei hindern sollten, ihre parlamentarische Opposition gegen das Gesetz weiterzuführen.

Protest der Berliner Gewerkschaften.

Gegen die Zollpolitik der Reichsregierung.

In der zu gestern abend nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen Jahresplanarversammlung des Ortsausschusses Berlin des ADGB, erhaltete zunächst Genosse Sabbath den Geschäftsbericht für das Vorjahr. Er beschränkte sich auf einige Erläuterungen des Berichtes, den wir bereits in unserer Mittwochsabendausgabe eingehend besprochen haben. Eine Diskussion zu dem Geschäftsbericht wurde nicht gewünscht und damit das Einverständnis mit der verflochtenen Tätigkeit des Ortsausschusses bekräftigt. Die Versammlung nahm anknüpfend daran folgende Entschliessung einstimmig an:

„Die freien Gewerkschaften, die im Ortsausschuss zusammengeschlossen sind, haben auch im Vorjahre mit äußerster Kraftanstrengung trotz heftigsten Widerstandes des Unternehmertums die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten. Ohne Rücksicht auf ihre weitergesteckten Aufgaben haben sie in erster Linie ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und mit den immer weiter steigenden, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse drückenden Ausgaben, beeinflusst durch die Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung, in Einklang zu bringen.“

Die am 23. Juni 1927 tagende Planarversammlung des Ortsausschusses Berlin des ADGB, erhebt gegen diese räuberische und ausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik heftigsten Protest.

Sie richtet an die parlamentarische Vertretung der Arbeitnehmerchaft das dringende Ersuchen, mit allen parlamentarischen Mitteln solcher Politik entgegenzutreten.

Die Planarversammlung als Vertretung der organisierten Arbeitnehmerchaft Berlins fordert, daß die Zölle und Steuern auf den Lebensbedarf nicht nur nicht weiter gesteigert, sondern abgebaut werden, damit ihr die Lebensmöglichkeit und der Lebensraum nicht noch mehr erschwert wird.

Wird dieser Forderung nicht entsprochen, so versprechen die Delegierten, in ihren Organisationen dahin zu wirken, auch die Anwendung aller außerparlamentarischen Mittel zu erwägen, um diese unerträgliche und wucherische Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung abzumehren.“

Im Anschluß daran erfolgte einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Sekretäre des Ortsausschusses, Bredow, Heßler, Sabbath, Siedow, Sprung und Zippel. Ebenfalls einstimmig wurden die unbekandidierten Vorstandsmitglieder des Ortsausschusses gewählt, entsprechend den Vorschlägen der einzelnen Industriegruppen, mit Ausnahme der Industriegruppe Leder, die sich über die Kandidatur nicht einigen konnte. Diese Industriegruppe wird sich nach nachträglich im Beisein eines Vertreters des Ortsausschusses über den zu entsendenden Vertreter zu entscheiden haben. Damit war die Tagesordnung der Planarversammlung erledigt.

Verbandstag der Textilarbeiter.

Hamburg, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am 4. Verhandlungstage des Textilarbeiterverbandes sprach das Vorstandsmittglied Rödel über die technischen und organisatorischen Wandlungen der Textilindustrie und der Kampf um den Achtstundentag.

Der Redner schilderte zunächst die rückläufige Bewegung in der Arbeitszeitsfrage nach den ersten Erfolgen der Revision. Auch die neue Arbeitszeitverordnung legt zwar im Prinzip den Achtstundentag fest, läßt aber eine ander tarifliche Vereinbarung zu. Für Mehrarbeit soll jetzt ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt werden. Diese Bestimmung wird oft distinktiert. Sie ist aber auch ein zweifelhaftes Geschenk an die Arbeiterchaft. Bei den niedrigen Löhnen in der Textilindustrie ist die Gefahr groß, daß die Arbeiter sich um des Mehrerdienstes wegen auf eine Arbeitszeitverlängerung einlassen. Die Erhebungen, die wir im Vorjahre vorgenommen haben, ergaben, daß von 413.000 Arbeitern in der Textilindustrie

nur 50.000 bis zu 48 Stunden arbeiten.

Das Gros arbeitet 53-54 Stunden, teilweise wird bis zu 70 Stunden gearbeitet.

Die Zahl der Textilarbeiter und -arbeiterinnen ist seit 1907 um 218.000 gestiegen. Für diese Arbeiter und Arbeiterinnen müßte Arbeit beschaffen werden. Das geht nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit und durch eine Steigerung des Konjums. Wenn heute infolge der Rationalisierung auf einen Spinner 750 Spindeln kommen gegen früher 300, so rechtfertigt diese

auf das Doppelte gestiegene Arbeitsleistung ohne jeden Zweifel eine Reduzierung der Arbeitszeit. Eine Steigerung der Produktion wird aber neben der Rationalisierung noch, wie der Redner durch zahlreiche Beispiele erklärt, durch eine Verlängerung der Arbeitszeit, die Einführung des Prämiensystems und der Schichtarbeit durchzuführen versucht. Trotz der in hohem Maße durchgeführten Rationalisierung ist in keinem Betriebe eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine Lohn-erhöhung erfolgt. Die Arbeitszeit für die Textilarbeiter ist in Deutschland am höchsten. Wir wollen uns nicht auf die Hoffnung stützen, daß in 8 Stunden mehr gearbeitet wird als in 9 oder 10. Aber wir brauchen den Achtstundentag, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Steigerung der Produktion durch die Rationalisierung muß auch der Arbeiterschaft zugute kommen durch eine kürzere Arbeitszeit. Der Achtstundentag ist kein Feitisch für uns. Wird es bei der Durchführung des Achtstundentages noch Arbeitslose geben, dann muß

eine weitere Verkürzung

eintreten. Die Propaganda für den Achtstundentag darf im ganzen Deutschland nicht mehr ruhen. Unsere ganze Kraft gilt es für dieses Ziel einzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

In der Aussprache führte Thir. Krefeld aus, daß der vor Jahren von den Kommunisten angezettelte Generalstreik im Rheinland die Position der Textilarbeiter sehr verschlechtert habe. Die Ueberbreitung der Arbeitszeit habe danach überhand genommen. Rascher-Löbau trägt einen Fall vor, wonach ein Betrieb in Ostfriesland mit einer Arbeitszeit von 105 Stunden den Reform geschlagen habe. Auf eine Anklage hin ist die Firma freigesprochen worden! Nachdem noch mehrere Redner die Ausführungen des Referenten unterstützten hatten, wurde eine Entschliessung angenommen, die die Forderung aufstellt, daß

der reine achtstündige Arbeitstag

unter besonderer Berücksichtigung des freien Sonnabendnachmittags als das Mindestmaß des Notwendigen auf dem gesetzlichen Wege wieder hergestellt wird. Der Vorstand wird beauftragt, unermüdetlich nicht nur jede mögliche Propaganda für die Wiedereinführung des Achtstundentags zu entfalten, sondern alle zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Nachmittel einzusetzen, um in möglichst kurzer Zeit den Achtstundentag für die Textilarbeiterchaft zu sichern. Darüber hinaus fordert der Verbandstag, daß der nächste Gewerkschaftskongress sich mit der Frage einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit beschäftige und die Frage des Siebenstundentags diskutiere.

Ueber die Einführung einer Invalidenversicherung referierte Gauweiler Scholle-Hannover. Er erklärte, daß wenn der Textilarbeiterverband eine Invalidenversicherung aufbauen will, die Beiträge um 50-100 Proz. erhöht werden müssen. Die jetzigen Beiträge gestatten den erforderlichen Aufwand nicht. Die ganze Frage müßte bei dem nächsten Gewerkschaftskongress grundlegend behandelt und möglichst zu einem einheitlichen Ergebnis geführt werden. Redner schlägt vor, die Angelegenheit dem Hauptvorstand zur anerkennenswerten Bearbeitung zu überweisen. Von einer Diskussion wurde abgesehen. Die Abstimmung wurde vertagt.

In der Nachmittagsitzung wurde

die Beitragsfrage

nach einem einseitigen Referat; Schmidt-Gera sehr eingehend erörtert. Die Statutenberatungskommission schlug u. a. folgende Regelung vor: Der wöchentliche Beitrag ohne Ortszuschlag beträgt 30, 50, 60 und 80 Pf., 1, 1,20, 1,40 und 2 M. Die 30-Pf.-Klasse gilt nur für Lehrlinge und für die im Zeitlohn beschäftigten jugendlichen Mitglieder, die 50-Pf.-Klasse für alle Mitglieder von 17 bis 20 Jahre und für Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre, die 60-Pf.-Klasse für alle Hilfs- und für alle Fach- und Akkordarbeiter, die höheren Klassen gelten für alle Mitglieder, die mehr als 70 Pf. Stundenlohn haben. Die weiteren zur Annahme empfohlenen Anträge sehen u. a. vor, daß der Beitrag für Erwerbslose bis zur Dauer von 52 Wochen wöchentlich 10 Pf. beträgt, daß das Eintrittsgeld auf 50 Pf. festgesetzt wird und daß während Streiks und Aussparungen der Beitrag weitergezahlt ist.

In der Abstimmung wurde beschlossen, die 70-Pf.-Klasse beizubehalten. Mit dieser Erweiterung wurden die Kommissionsanträge angenommen. Für die Streik- und Gemahregelunterstützung wurde ein Antrag der Kommission, der eine neue Staffelung nach den geleisteten Beiträgen festsetzt, angenommen. Die Umzugsunterstützung wurde nach einem Antrag des Beitrags festgesetzt. Zur Sterbeunterstützung wurde den Anträgen der Vorbereitungscommission zugestimmt.

Die Arbeitszeit im Baugewerbe.

Die Wünsche der Unternehmer.

Die baugewerblichen Unternehmer haben es mit ihren Bestrebungen zur Verschlechterung der Arbeitszeit im Baugewerbe furchtbar eilig. Sie beantragen sofort nach dem ergebnislosen Verlauf der Beratungen zwischen den Vertretern der Reichsarbeitspartei beim Reichsarbeitsminister Schlichtungsverhandlungen zur Herbeiführung eines Schiedspruches.

Der Reichsarbeitsminister hat jedoch die Bauunternehmer zunächst an das Haupttarifamt verwiesen. Für den Fall, daß vom Haupttarifamt entschieden wird, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Arbeitszeit vorliegen, läme, wie der Reichsarbeitsminister erklärt, zweckmäßig vielleicht auch die Erledigung der strittigen Arbeitszeitsfrage selbst durch das Haupttarifamt als vereinbarte Schlichtungsstelle in Betracht. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob die Unternehmervverbände an das Haupttarifamt herantreten.

Zum Streik bei der Bomag.

In dem Streik der Dreher und Maschinenarbeiter der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik A.G. (Bomag) ist bisher keine Veränderung eingetreten. Die Firma versucht, durch den Berliner Arbeitsnachweis Streikbrecher zu erhalten, um dadurch die Front der Streikenden ins Wanken zu bringen. Die arbeitslosen Metallarbeiter lehnen es jedoch ab, bei der Bomag Arbeit anzunehmen und ihren Berufskollegen in den Rücken zu fallen.

Die Streikenden sind nach wie vor fest entschlossen, die Arbeit nicht aufzunehmen, bevor die Firma ihrer Forderung nach einer 15prozentigen Erhöhung der Akkordpreise nachgekommen ist. Die Streikenden erwarten auch, daß sich ebenfalls keine a.u.w. ärtigen Arbeiter finden, die eventuellen Werbungen der Firma folgen werden.

Ausstand in der Lambrecht Textilindustrie.

Lambrecht (Pfalz), 23. Juni. (Wtz.) Heute morgen sind sämtliche Weber in den Ausstand getreten, da ihre Lohnforderungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden sind. Heute mittag wollen auch die Belegschaften der anderen Textilbetriebe kündigen. In Betracht kommen insgesamt 850 Arbeiter.

Kongress des spanischen Gewerkschaftsbundes.

Die Frage der Einberufung des öffentlichen Kongresses des Gewerkschaftsbundes Spaniens hat kürzlich sämtlichen angeschlossenen Verbänden zur Begutachtung vorgelegen. Die Umfrage ergab eine beträchtliche Mehrheit zugunsten der Abhaltung des Kongresses, so daß der Vorstand beauftragt worden ist, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Voraussichtlich wird der Kongress sich u. a. mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisation nach Industrien befassen. Der letzte Gewerkschaftskongress fand im Jahre 1922 statt.

Wählg. Zimmerer! Wie geben hiermit folgende Bezirksversammlungen bekannt: Kreis Ingeln die Bezirke 3, 21, 26, 34 und 39. Am Sonnabend, 23. Juni, die Bezirke 1, 2, 4 bis 8, 10 bis 19, 23 bis 25, 27 bis 33, 35 bis 38, 40, 43 bis 45. Am Montag, 27. Juni, die Bezirke 9 und 22. Am Dienstag, 28. Juni, der Bezirk 20. Die Versammlungen beginnen um 19 Uhr und finden in den bekannten Bezirkslokalen statt. Kameraden, bestellt euch alle an diesen Versammlungen; keiner darf fehlen.

Zentralverband der Zimmerer, Bahnhofs Berlin u. Umg.
Freie Gewerkschaftsgruppen Groß-Berlin. Heute, Freitag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Schöneberg: Gruppenheim Jugendheim Luisenstr. 3 (Peter Gohl). Vortrag: „Wie lesen wir ein Buch“ — Wedding: Gruppenheim Stadthaus Wedding, Gertrichstr. 69-69. „Es lebe der Kumpel.“ — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Obermohrstr. 18, Zimmer 13. Diskussion: „Unsere Arbeitszeit.“ — Spillingplatz (Wedding 3): Gruppenheim Stadt. Jugendheim Turiner, Ecke Gertrichstr. Vortrag: „Kollektivismus und Gewerkschaften.“ — Weidenhof: Spielen auf dem Sportplatz am Havelsee.
Jugendgruppe des ADG. Heute, Freitag, 19. Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: Schöneberg: Jugendheim Schönebergstr. 7-10. Vortrag: „Die neue Verfassung über die Arbeitszeit“ (Möckler). — Spandau: Jugendheim Lindenallee 1 — Eichenstein: Organisationsraum des Bergbauvereins u. a. Vortrag: „Moderne Arbeiterkultur“ (Weigelt). — Köpenick: Empfangsraum des Bundes, Wertheimstr. 7 II. Gleichzeitiger Abend (Dietze).

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Beamtenschaft für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Alinghölzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Klotzer; Revolution: A. G. Böhm; Soziales und Sozialer: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glöckler; Journalistik in Berlin: Berlog; Berlog-Berlin G. m. b. H.; Berlin, Brand. Hermann-Baumgärtel und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Pterze 2 Bellmann und „Unterhaltungs und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Loa-Lin

Zitronen-Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Ausschank: Erfrischungsraum

Einkochgläser „Globus“

1/2	3/4	1 Ltr.	1 1/2	2 Ltr.
eng 32	34	36 Pf.	weit 36	38 40 42 48 Pf.

10 Gummiringe 30 u. 50 Pf. Einkochapparat u. Thermometer 4 93

Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

Kalbskamm und Brust Pfund 76 Pf.
Kalbsnierebraten Pfund 85 Pf.
Schweinebauch u. Rücken, mit Beilage Pfund 80 Pf.
Schweinekamm u. Blatt Pfund 85 Pf.
Kabier, Speer u. Kamm Pfund 115
Schmorfleisch m. Knochen Pfund 110
Lieser Pfd. 70 Pf. **Gehacktes** Pfd. 75 Pf.

Prima Gefrierfleisch

Suppenfleisch Pfund 48 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfund 55 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 60 Pf.
Hammelfleisch dicke Rippe u. Rücken Pfund 76 Pf.

Fische

Hornaale Pfund 10 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische Pfund 18 Pf.
Scheiffische Pfund 20 u. 28 Pf.
Makrelen 24 Pf. Fischfilet Pfd. 28 Pf.
Lebende Aale Pfund 110 an
Lebende Schleie Pfund 115 an

Wild u. Geflügel

Rehragout Pfund 30 Pf.
Hirschblätter Pfund 95 Pf.
Rehblätter Pfund 115
Suppenhähne frisch geschlachtet, Pfund 105
Hühner frisch geschlachtet Pfund 125 an
Junge Gänse Pfund 115 an

Werdersche Erdbeeren Pfd. 48 Pf.

Salat 3 Köpfe 10 Pf.
Kohlrabi Mandel 15 Pf.
Grüne Gurken Stck. v. 20 Pf.
Grüne Bohnen Pfund 24 Pf.
Junge Schoten Pfund 18 Pf.
Junge Möhren 3 km 25 Pf.

Pfefferlinge . . . Pfund 40 Pf.
Neue Kartoffeln Pfund 15 Pf.
Tomaten ital., Pfd. 25, 35 Pf.
Zitronen neue, Duzend 45 Pf.
Bananen Pfund 55 Pf.
Pflirsiche italien., Pfund 55 Pf.

Konserven

Schnitt- u. Brechbohnen 1/2 Dose 65 Pf.
Junge Erbsen 68 Pf.
Junge Erbsen sehr fein 1.32
Leipziger Allerlei . . . 85 Pf.
Pfefferlinge extra Qualität 1 M
Apfelmus 75 Pf.
Birnen Williams Christ halbe Frucht 1.10

Ananas Hawaii 1/2 Dose 90 Pf. 1.55
Senfgurken 5/8 Pfund-Dose 3.30
Bienenhonig 1 Pfund-Glas 1.20 2 Pfund-Glas 2.25
Corned-Beef 2 Pfd. engl. 1.70
Oelsardinen Klubbosse 50 Pf. 1/2 D. 78 Pf.

Konfitüren, 2 Pfund-Elmer

Johannisbeeren, Orangen 1.15 Pflaumen 1.10
Erdbeeren, Himbeeren, Aprikosen, Kirschen 1.45

Wein

Preise für 1/4 Flasche ohne Glas. Frühjahrsliste auf Wunsch.

Renetten-Apfelwein naturrömer, badischer 57 Pf.
Feiner Fruchtwein Johannisbeer- (weiß und rot), Stachelbeer- und Heidelbeerwein 95 Pf.
Erdbeerwein bestechendes Aroma 1.25
1922 Pündericher Riesling süßiger Mosel 1.25
1923 Bockenheimer Fahneberg feinblumiger Pfälzer 1.30
1922 Graacher Abtsberg vollblumig, bestechend 1.60
1921 Berncasteler pikante Moselart 1.85
1925 Liebraumilch rote Kapazität liebliche Art bestechender Damenwein 2.10
1922 Château Raba ansprechender Böhmer 1.75
Tarragona Rot 1.15
Fruchtschaumwein vorstellig Qualität, m. Steuer u. Flasche 1.30
Deutscher Weinbrand A. Descloux *** aus feinem Charentisweiss getrennt 4.50

Landleber- u. Dampfwurst Pfd. 110

Mettwurst gekocht, Pfd. 1.25
Moriadella Pfund 1.25
Jagdwurst Pfund 1.45
Mettwurst (Bragenschweig, Art) . . . Pfund 1.45
Schinkenpolische Pfd. 1.50
Filetwurst Pfund 1.50
Bierwurst Pfund 1.60

Leberwurst feine, Pfund 1.60
Schinkenspeck . Pfund 1.60
Zervelat u. Salami Pfund 1.65
Nußschinken ca. 2 Pfund, 1.85
Käsestraße, Jassathaler Straße, Köpenick
Speck fett, Pfd. 1.10 mager 1.20
Mettwurst weiche oder Berliner, Pfund 1.20

Camembert Romadur Alle. Stck. 18 Pf.

Limburger Pfd. 32 1/2 42 Pf.
Holländer u. Edamer 65 Pf.
Tilsiter vollreif 1.05 ohne Rinde Pfund 78 Pf.
Steinbuscher vollreif Pfund 98 Pf.

Schweizer 98 Pf. 1.45
Margarine Pfund 58 Pf.
Tafelbutter Pfund 1.80
Dänische Butter Pfd. 1.90

Matjes-Heringe Stück von 10 Pf. an

Seelachs geräuchert, Pfd. 42 Pf.
Reibarse geräuch., Pfd. 42 Pf.
Fettbücklinge . Pfund 45 Pf.

Makrelen geräuch., Pfd. 55 Pf.
Kleiner Pfd. 65 Pf.
Lachs geräuchert, in Stücken, Pfund 1.50 an

Auszugmehl . . . 5 Pfund-Bbeutel 135

Weißer Bohnen Pfund 13 Pf.
Linsen Pfund 24 Pf.
Schnitt-Nudeln Pfund 40 Pf.
Makkaroni Bier, Bruch Pfund 45 Pf.

Tafelreis pollier, Pfund 24 Pf.
Italienisch. Reis Pfund 28 Pf.
Amerikan. Reis Pfund 36 Pf.
Java-Reis Pfund 38 Pf.

Schokoladen-Pudding, Rote Grütze Pulver, Saucenpulver mit Vanille-Pflaum, Pfd. 77 Pf.

Holl. Kakao Marke „Kamohay“ Blechdose ca. 1 Pfund 1 60

Residenz-Borke Karion ca. 75 Gramm 35 Pf. ca. 150 Gr. 65 Pf.
Milch-Schokolade mit ganzen Haselnüssen, 100 Gr.-Tafel 38 Pf.
Sandgebäck 1/2 25 Pf., 1 95 Pf.
Dessort-Brezeln 1/2 38 Pf.

Gebrannt. Kaffee eigene Rösterei Konsum-Misch, Pfd. 2 20

Haushalt-Misch, Pfund 2.60
Sonder-Misch, Pfund 3 M
Olympia-Misch, Pfund 3.40

Globus-Misch, Pfund 3.80
Residenz-Misch, Pfd. 4.20
Elite-Mischung Pfund 4.60

Der Aufmarsch der Beamten.

Imposante Kundgebung im Lustgarten.

Die Beamten, niedere und mittlere, demonstrieren im Lustgarten! Man sieht Post- und Eisenbahnbeamte, Straßen- und Untergrundbahnfahrer in Uniform, Zivilisten mit der Aktentasche unter dem Arm, man sieht Frauen mit ihren Kindern. Der Lustgarten füllt sich. Und wie die Massen heranmarschieren, wird man ein Gefühl der Verwunderung nicht los. Wirkungslos ist die Kundgebung ohne allen Zweifel, und sie vollzieht sich, wie kein Verständiger anders erwartete, in muster-gültiger Ruhe und Ordnung. Aber trotzdem merkt man es: Die Beamten sind nicht gewohnt zu demonstrieren, und sie tun es nur ungern. Die bittere Not zwingt sie! Das zeigen die Anschriften, die den imposanten Zügen, die von sechs Sammelpunkten aus heranmarschieren, vorangetragen werden. Da liest man:

Wenig Geld und wenig Fressen,
Das Vaterland hat uns vergessen!

Viele Tausende von Beamten aus allen Verwaltungen haben die Kundgebung besucht. „Gegen die ständige Verzweigung der Besoldungserhöhung“ ist die Parole, und während der Ansprachen der 20 Redner, die von verschiedenen Stellen aus sich an die Massen wenden, zeigen die mannigfaltigen Juruse immer wieder, wie verbittert die Beamenschaft durch die Behandlung ist, die sie durch den Bürgerblock erfährt. Nach einem Trompetensignal begannen die Reden.

Als Vertreter der Polizeibeamten sprachen: Schroder, Minibus, Bens; von den Eisenbahnbeamten: Glaubrecht, Haberland, Howe, Beeh; von den Postbeamten: Blath, Tews, Koloff, Schmidt-Stettin; von den Hofbeamten- und Reichsbeamten: Schreder, Kolmsie; von dem Provinzialkartell Berlin: Schaner, Sasse, Kienast und vom Vorstand der Sozialen Arbeitsgemeinschaft: Rugler, Freng, Redepennig, Schwerdfeger, Wittner.

Seit mehr als drei Jahren, so wurde ausgeführt, kämpft die deutsche Beamenschaft in Verzweiflung gegen wirtschaftliche Not und Sorge.

Die Verschuldung der Beamenschaft ist ins Riesenhafte angewachsen.

Alle Kreditmöglichkeiten sind erschöpft. Beamtenorganisationen haben Regierungen und Parlamenten unendlich oft die bittere Not der Beamten vor Augen geführt und dringende Abhilfe gefordert. Unzählige Male haben Reichstags, Minister und Parteien die Not anerkannt und Abhilfe versprochen. Was ist bisher geschehen? Mit dem Preisabbau sind wir vertrieft worden! Millionen über Millionen hat man dafür ausgegeben. Aber unsere Erwartung ist enttäuscht worden: Die Preise für die notwendigsten Gegenstände zum Lebensunterhalt sind gestiegen. Aber Hunderte von Millionen hat man der deutschen Wirtschaft durch Subventionen zugeschießt, und Hunderte von Millionen hat man durch Steuernachlass und Steuererstattung der Industrie und Landwirtschaft gegeben. Für die Aufbesserung der Beamtenbezüge waren immer und immer wieder keine Mittel vorhanden.

Der Regierungswechsel am Jahresabschluss ist ein chronischer Zustand geworden, und jedes Jahr kurz vor Weihnachten erklärte der betreffende Reichsfinanzminister, daß Aufbesserung der Beamtenbezüge unbedingt erfolgen müsse und entsprechende Vorträge im neuen Jahre dem Reichstage alsbald zugehen würden. Nach diesen Erklärungen trat er von seinem Amt zurück. Der nachfolgende Reichsfinanzminister aber erklärte bei seinem Amtsantritt, daß die Not der Beamenschaft eine alsbaldige Aufbesserung der Bezüge erfordere, und er stellte eine entsprechende Vorträge alsbald in Aussicht. Indessen gestatteten im Laufe des Jahres die Finanzen des Reichs und der Länder angeblich nicht die versprochene Aufbesserung vorzunehmen. Am Jahresabschluss wiederholte sich die Erklärung des Vorgängers, daß nun sogleich im neuen Jahre eine nennenswerte Aufbesserung herbeigeführt werde. Wieder trat der Reichsfinanzminister zurück, und bei dem Nachfolger wiederholte sich dasselbe Spiel. So geht es nun schon drei Jahre lang. Für April dieses Jahres war die Besoldungs-

reform von dem jetzigen Reichsfinanzminister bestimmt in Aussicht gestellt. Von seinem Vorgänger wurde erklärt, daß die erforderlichen Mittel vorhanden seien.

Statt der erhofften Vorträge kommt jetzt die Erklärung der Reichsregierung, daß vor dem Winter keine Besoldungserhöhung erfolgen kann.

Der Reichsfinanzminister erklärt noch weitergehend, daß die Besoldungserhöhung nur erfolgen kann, wenn inzwischen die wirtschaftliche Lage des Reichs und der Länder nicht schlechter wird. Soll und darf das Spiel so weitergehen? Kann die deutsche Beamenschaft ein längeres Hinausschieben der Besoldungserhöhung noch ertragen?

Rein! Not, Elend und Verschuldung sind in weiten Kreisen der Beamenschaft so groß, daß ein noch weiteres Hinausschieben der Besoldungserhöhung nicht geschehen darf. Entsetzlich sind schon jetzt die verheerenden Wirkungen der vollkommen ungenügenden Besoldung. Wenn jetzt noch keine Hilfe erfolgt, sind Katastrophen unvermeidlich. Das ganze deutsche Volk hat ein lebhaftes Interesse daran, daß ihm ein unbestechliches deutsches Beamtentum erhalten bleibt. Morgen, Freitag, wird der Haushaltsausschuß des Reichstags mit den Finanzministern der Länder die Frage der Besoldungserhöhung beraten und prüfen. Wir rufen in letzter Stunde den maßgebenden Instanzen des Reichstags und der Regierung zu: Macht schnellstens der bitteren Not der Beamenschaft ein Ende. Bringt Hilfe, ehe es zu spät ist. Die Folgen einer weiteren Verzögerung der Besoldungsaufbesserung sind unabsehbar. Gebt den Beamten — ganz besonders aber denen in den unteren Gruppen — sofortige und fühlbare Gehaltsaufbesserung.

Am Schluß der Reden wird die nachstehende Entschließung verlesen, die überall begeisterte Zustimmung findet. Die Entschließung lautet:

Die am 23. Juni 1927 im Lustgarten in Berlin versammelten Beamten aller Verwaltungen bringen in öffentlicher Kundgebung ihre Verzweiflung und tiefgehende Enttäuschung über die von der Reichsregierung beabsichtigte weitere Verzweigung der Besoldungserhöhung zum Ausdruck. Die Verschuldung der Beamenschaft, namentlich in den unteren Schichten, ist riesengroß. Frauen und Kinder müssen hungern. Die allernotwendigsten Lebensmittel können nicht mehr beschafft werden. Seit mehr als drei Jahren haben Regierungen und Parteien die bittere Notlage anerkannt und Abhilfe versprochen. Nichts ist aber bis jetzt zur Linderung der Not geschehen. Dadurch ist diese bis zur Unertaglichkeit geliegen. Erschreckend sind ihre Wirkungen. Nun soll auf Beschluß der Reichsregierung die Besoldungserhöhung abermals bis zum Winter hinausgeschoben werden. Das darf nicht geschehen. Die Beamten können nicht mehr so lange warten. Von ihnen wird treueste Pflichterfüllung verlangt. Regierung und Parteien müssen sich aber auch ihrer Pflicht den Beamten gegenüber bewußt sein. Die Besoldungserhöhung muß wenigstens für die Beamten in den unteren Gruppen sofort erfolgen. Deutsches Volk! Lasse deine Beamten nicht zur äußersten Verzweiflung treiben. Sorge für schnellste Hilfe!

Wenn ein oder zwei Redner freilich davon gesprochen haben, daß wenn die Sache so weiter ginge, bei den nächsten Wahlen eine besondere Beamtenpartei gegründet werden würde, so darf man wohl fragen, welchen Erfolg man sich davon verspricht. Rein zahlenmäßig könnten, wenn ein geschlossenes Auftreten der niederen und mittleren Beamten überhaupt nur annähernd zu erzielen wäre, doch kaum acht bis zehn Mandate erzielt werden. Sehr richtig weist da der Sonderdruck der „Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung“ auf die ausgesprochene Schuld der Parteien des Rechtsblocks hin. Daran mögen die Beamten denken, wenn sie im nächsten Jahre zur Wahl gehen! Die einzigen, die den überparteilichen Charakter der Kundgebung fürchten, waren selbstverständlich die Kommunisten. Mit trumphaftem

„Rot-Front-Gebrüll“ marschierte eine Kolonne der Roten Frontkämpfer auf, forderte in vollkommener Zusammenhanglosigkeit mit dem Gegenstand der Tagesordnung gewohnheitsgemäß die Freilassung der politischen Gefangenen, brachte Hochs auf Posen aus und betätigte sich in einer Weise, die von der Mehrheit der Erschienenen unter Achselzucken und mitleidigem Sähelein abgelehnt wurde.

Der Aufmarsch der Massen vollzog sich in vollkommener Ordnung.

Die 100-Millionen-Anleihe abgeschlossen.

Die Finanzdeputation Berlins genehmigte gestern den Abschluß der 100-Millionen-Anleihe mit dem Londoner Bankhaus Schroeder, das sich zu diesem Zwecke mit der Rothschild-Gruppe verbunden hat. Es handelt sich hier um das Angebot einer sechsprozentigen Anleihe zum Kurse von 93%, von dem wir bereits gestern berichteten. Die Bedingungen sind infolgedessen noch verbessert worden, als die Rückzahlungen bei vorzeitiger Kündigung nach 5 Jahren 102, nach 10 Jahren nur 101, darüber hinaus 100 Proz. betragen sollten. Da die Einzelbedingungen des Vertrages durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangt waren, so lagen der Deputation eine Reihe von Konkurrenzangeboten vor, darunter eines, das von einem anderen englischen Konfession abgegeben war und sowohl im Kurs 93%, bzw. 93%, wie in einzelnen Bedingungen absolut betrachtet um ein wenig günstiger war. Nach sehr eingehender Debatte glaubte eine starke Mehrheit der Deputation, insbesondere die Linksparteien, gleichwohl dem Schroederschen Angebot den Vorzug geben zu sollen, da damit den wohlverstandenen materiellen wie idealen Interessen Berlins am besten gedient sei. Man war der Meinung, daß die Stadt Berlin für einen relativ geringen finanziellen Augenblicksgewinn nicht das Risiko einer mangelhaften Zeichnung seiner Anleihe und eines baldigen Kursrückganges einzutauschen dürfe. Da sowohl die schnelle Zeichnung der Anleihe wie die Aufrechterhaltung eines angemessenen Kurses nur bei dem Schroederschen Angebot unbedingt gewährleistet erschien, wurde dieses Angebot angenommen. Die Emission der großen Berliner Anleihe durch das erste Bankhaus Londons wie die mit Sicherheit zu erwartende schnelle Zeichnung dieser Anleihe wird der Öffentlichkeit das richtige Bild von der Haushaltsgebarung und Kreditfähigkeit der deutschen Reichshauptstadt geben. — Die Vermittlung auf deutscher Seite hat übrigens die Reichskreditgesellschaft übernommen.

Neue Bleiweißfunde bei Strafgefangenen.

Giftschmuggel im Strafgefängnis Tegel?

Vor einigen Tagen berichteten wir über eine geheimnisvolle Bleiweißvergiftung im Strafgefängnis Tegel. Jetzt ist bei einem zweiten Gefangenen abermals eine Tube Bleiweiß gefunden worden. Dieser Gefangene wurde mit anderen, bei denen sich Magen- und Darmbeschwerden eingestellt hatten, der Charité überwiesen.

Bei dem Strafgefangenen B., der mehrmals versucht hatte, sich durch allerlei Einspritzungen haltunfähig zu machen, wurde eine größere Tube vorgefunden, die Bleiweiß enthielt. B. hatte einen Teil des gefährlichen Inhalts, offenbar der furchtbaren Folgen, die das Gift in sich birgt, gar nicht bewußt, so sich genommen und mahlte sofort in die Charité übergeführt werden, wo er heute noch daniederliegt. Die Herkunft des Bleiweißes blieb trotz einer vom Justizministerium und vom Strafvollzugsamt geführten Untersuchung bisher völlig ungeklärt. B. gab bei seiner Vernehmung an, das gefährliche Gift von einem seit 23 Jahren im Justizdienst stehenden Gefängnisbeamten, der sich bisher noch nichts hat zuschulden kommen lassen, erhalten zu haben. Für die Schuld des Beamten konnte bisher noch nicht der geringste Beweis erbracht werden. Trotzdem wurde er zunächst dem Lazarettendienst entzogen und in eine andere Abteilung untergebracht. Die Annahme, daß es sich um einen Einzelfall handle, hat sich durch einen neuen Bleiweißfund als irrig erwiesen. Vor einigen Tagen wurde bei dem Strafgefangenen A. ebenfalls eine Bleiweißtube gefunden, über dessen Herkunft er jede Aussage verweigerte. Er wurde mit mehreren anderen Gefangenen, bei denen sich Magen- und Darmbeschwerden einstellten und die im Verdacht standen, gleichfalls

Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos.

34] Von B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).
Copyright 1927, by B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).
(Schluß.)

Nachdem ich Monate Zeit hatte, mir jene einundzwanzig Stunden des wirbelnden Tanzes, zu dem der große Musikmeister aufspielte, einzeln zurückzurufen, sie wieder zu erleben, weiß ich, daß niemand lachen konnte darum, weil alle, alle das selbe fühlten, was ich in jenem Augenblick fühlte. Denn warum sollte ich ein Ausnahmefall sein und etwas fühlen, was andere Menschen nicht fühlen können! Und ich fühlte: Der Lehrer ist, während er am Grabe steht, nichts als reine brüderliche Liebe für die weinende Mutter, nichts als hingebende Hilfsbereitschaft für den trauernden Witwenmenschen. Und warum sollte einer von allen den Anwesenden etwas anderes empfunden haben als ich? Hat doch keiner gelacht! So wenig wie ich den Drang zum Lachen fühlte!

Der Lehrer steht wieder an dem Rand der Grube. Den Zweig hat er noch immer in der Hand, er hat ihn nicht einmal in seiner höchsten Not fallen lassen. Er steht da mit einer Miene, als habe das, was eben geschehen ist, gar nicht ihm gegolten, sondern irgendeinem anderen, und er habe während dieses Zwischenalles seine Rede unterbrochen, bis die Störung vorüber sei.

Mit demselben Brüllen redet er nun weiter: „Auch der Vater ist recht traurig. Jawohl!“ Und wieder wird der, der daran zweifelt, der ganzen Länge nach durchgespalten. Diesmal aber hat sich der Weise besser vorgeesehen. Er steht nicht mehr so dicht an der Grube, daß er hineinfallen könnte. Dafür aber hat der Hieb, der diesmal seitlich weggeführt war wie der Hieb eines Reiters vom Pferde herab, um nicht etwa abermals in die Grube zu lenken, das Gleichgewicht nach einer anderen Grundidee ausgeschwenkt. Denn nun als die Schwungkraft dieses Hiebes sich auszuwirken bemüht, sauft der Redner rechts herum wie ein Kreisler. Der Hieb war so kräftig geführt, daß eine ganze Drehung zustande kommt. Diese Drehung ist zwar nicht ferngerade, weil das ja sowieso gegen die physikalischen Gesetze verstößt würde und deshalb

schon unzulässig wäre und mit Geldstrafe belegt werden kann. Rein, die Drehung ist schwankend schwankend, etwa wie bei einem großen Blechkreisel, der seine letzten ausschauenden Tänze vollführt.

Der Redner steht wieder in seiner Anfangsstellung, mit dem Gesicht den Leuten zugekehrt. Auch diesmal hat keiner gelacht. Wie konnte man auch lachen, wenn jemand seine Sympathie mit solchem Nachdruck äußert!

„Der kleine gute Junge hat so früh sterben müssen,“ brüllt der Lehrer und schlägt wieder zur Bestätigung mit dem Zweig. Nun aber hat sich der Körper an diese Beiproducte der Rede gewöhnt und antwortet nicht mehr darauf.

„Der gute Junge, den wir alle so lieb hatten, hat so rasch sterben müssen. Das tut uns alle sehr leid. Nun wollen wir ihn begraben. Adios, mein lieber, kleiner Junge!“

Versucht nochmal, der Geier soll das ganze Begräbnis holen! Jetzt heute ich; wahrhaftig ich heute wie ein alter Schloßhund, dem die weiße Frau als Ameisenheer erscheint. Ich heute und die ganze Gesellschaft, Männer, Weiber und zerbröckelnde Lebentügelchen weinen und schluchzen. Es ist nicht mehr jenes gelbe Schreien wie in der Nacht. Es ist ein stilles weinendes Trauern.

Und was geht mich denn der Junge an! Ein Indianerjunge. Es ist doch gar nicht mein Junge. Aber ich heute. Vielleicht ist er doch mein Junge, genau so gut mein Junge, wie er der Junge aller dieser Leute, wie er der Junge aller Menschen ist. Mein Junge, mein Bruder, mein Witwenkind, der leiden konnte wie ich, der lachen konnte wie ich, der sterben konnte wie ich es muß.

Man will den Sarg mit Stricken, die aus fünf verschiedenen Nemen, Stricken und Bindfäden zusammengeknüpft sind, herunterlassen. Aber die Stämme wackeln hin und her und die Stricke lassen sich der vielen Knoten wegen nicht recht handhaben.

Da springt ein Mann kurz entschlossen in die Grube.

„Reich mir die Kette zu.“
Der Mann klettert heraus.
Mutter und Vater werfen Erde darauf, dann fliegen die Hände voll Erde von allen Seiten auf die Kiste.

Die Musik hat sich da aufgestellt, wo der Lehrer, der sich unauffällig entfernt hat, während seiner Rede gestanden hatte.

Die Musik wird spielen „O heilige Jungfrau, voller Gnaden, du segensreiche Mutter.“

Ich bin erlöst. Die Musik hat Geschmack und Takt. Sie weiß den wahren Ton für die leidende Menschheit zu treffen. Sie heuchelt nicht und macht keine Heuchelei mit. Diese Todsünde begeht sie nicht. Sie ist echtes Gefühl des Dschungels. Sie hat den bewundernswerten Mut, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, immer und überall; sie hat die unerschütterte Urkraft, den Dingen, deren Sinn von der Gedankenlosigkeit eines taumelnden Geschlechts verwirrt wurde, den ursprünglichen Sinn zurückzugeben, der die Gestalt und das Wesen des Dinges bestimmt.

Und sie spielt den großen Trauermarsch der Menschheit:

„It ain't goin' rain' no' mo' —“

Und als der Choral, der mit Ewigkeiten Murren spielt und mit dem Entsetzen des Weltalls Stiesel pukt, verklingen ist, mehrere Burschen emsig Erde in die Grube schaufeln, andere die Blumen und Kränze ordnen, die Mutter weinend in einem Knäuel weinender Frauen steht, die sie umarmen und küssen, die Männer ihre Hüte aufsetzen und sich Zigaretten drehen und niemand den Friedhof verläßt, bis die Mutter das Zeichen zum Aufbruch gibt, fühlt die Musik, noch immer am Kopf der Grube stehend, daß man noch etwas von ihr erwartet, weil sie erst die Hälfte ihrer Aufgabe erfüllt hat.

Da besinnt sie sich auf den Trauermarsch von gestern, glorreich wie der beendete Fischzug von gestern, der die Süde der Wissenden und Verständigen mit Gold füllte, und die Wippen der Begeisterten und Gläubigen mit Nickelstahl. Jener Trauermarsch, der die Faust, die sich erhob, während man die Süde zählte, recht dienstbestiften und geschickt mit Nagelputzcreme behandelte und zur selben Zeit den Unknown Warrior zur Hilfe aufrief, um der Faust die Krallen zu stutzen. Jener Trauermarsch kam zur guten Stunde, um das heranahende Weißdornwetter abzuleiten in die goldbronzierte Inschrift: „Arbeiten, damit die anderen nicht verzweifeln.“ — Do Zi Row!

Und dieser Trauermarsch kommt auch jetzt zur guten Stunde und fällt den Musikern am rechten Blase ein: „Yes, we have no bananas, we have no bananas to-day.“

Adios, mein lieber kleiner Junge! Adios! Es leben die Maden und Würmer! Adios! So wie du wurde noch kein König begraben!

Beiwelt geschickt zu haben, in die Charité übergeführt. Die ärztliche Untersuchung ist jedoch negativ verlaufen. Von der Gefängnisleitung sind deshalb nun alle erdenklichen Vorkehrungen getroffen worden, um diesem gefährlichen Giftmissetäter ein Ende zu bereiten. Das Justizministerium hat die Akten von der Polizei, die zahlreiche Vernehmungen vorgenommen hat, eingefordert, um sie an die Staatsanwaltschaft abzugeben.

Der Grosavescu-Prozess.

Vernehmung der Frau Professor Stransky.

Wien, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des Nachmittags wurden alle möglichen Bekannten der Familie, Ärzte und Privatpersonen vernommen. Der Husaritz bestätigte, daß sich Grosavescu seiner Homosexualität gerühmt habe. Andere sagten aus, daß Grosavescu gesagt habe, er liebe nur perverse Frauen. Ein anderer Arzt, der die Angeklagte schon als Kind behandelt hat, gibt an, sie habe schon als Kind hysterische Anfälle gehabt. Wieder ein anderer Arzt sagt, er habe den Eindruck gehabt, daß die Angeklagte paranoisch geartet ist. Ein Kinderärzlein bestätigt, daß Grosavescu keine Frau geprügelt hat. Die Aussage des Berliner Musiklehrers des Grosavescu, Scarkeo, folgt dann. Dieser sagt, er habe immer den Eindruck gehabt, das Grosavescu von seiner Frau unterjocht war. Sie machte auf ihn den Eindruck einer herrschsüchtigen Person. Um 6 Uhr abends wurde dann die Frau des Prof. Stransky als Zeugin vernommen; von der die Angeklagte behauptet, sie habe mit Grosavescu ein Verhältnis gehabt. Die Angeklagte will sie mit ihrem Mann in einer verhänglichen Situation überführt haben. Frau Stransky gibt außerordentlich ruhig und unbefangenen ihre Aussagen ab. Sie bestreitet mit aller Energie, mit Grosavescu ein Verhältnis gehabt zu haben oder auch nur in irgendwelchen Beziehungen zu ihm gestanden zu haben, die über das rein gesellschaftliche hinausgegangen seien. Die beiden Familien seien allerdings sehr befreundet gewesen. Daß Grosavescu mit ihr in einer verhänglichen Situation überführt worden, sei ein reines Hirngespinnst. Sie erklärt weiter, es sei wahr, daß sie einmal in der Staatsoper von Frau Grosavescu nicht begrüßt worden sei. Sie habe sich das aber nicht erklären können und habe sich auch sofort bei ihrem Mann darüber beschwert. Sie habe keine Ahnung davon gehabt, daß Frau Grosavescu auf sie eifersüchtig sei. Jetzt sehe sie, daß das tatsächlich so war, aber es sei absolut kein Grund dazu vorhanden gewesen. Dann wird Prof. Stransky vernommen. Er erklärt, daß weder er noch seine Frau noch auch der Vater der Angeklagten, mit dem sie sehr befreundet waren, von der Eifersucht der Angeklagten etwas geahnt hätten. Bis unmittelbar vor dem Mord haben sie gar nichts davon gewußt und seien dann auf das Höchste überrascht gewesen, als sie davon erfuhren. Da seine Frau in aller Öffentlichkeit in den Not gezeitet werde, müsse auch ihm Gelegenheit gegeben werden, hier auf das Bestimmteste zu erklären, daß an allen Umständen und Gerüchten kein Wort wahr sei. Er und seine Frau führten eine absolut tadellose Ehe. Sie lebten im besten Einvernehmen. Es komme auch in der Familie nichts vor. Sie haben auch mit Grosavescu und seiner Frau verkehrt und er sei deshalb auch erstaunt, daß man ihm den Vorwurf einer Taktlosigkeit gemacht habe daraus, daß er den Sänger in sein Haus lud, während die Frau im Spital operiert wurde. Im Gegenteil hätten sie daran gedacht, sie möchten den Mann, dessen Frau eine schwere Operation durchmache, zu sich einladen, um ihn abzulassen. Die Angeklagte blieb zwar bei ihren Behauptungen, war dabei aber weniger aufgeregter als sonst. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Ueber 140 Schwindeleien!

Auch ein Rekord.

Ein vielseitiger Schwindler wurde von der Kriminalpolizei hinter Schloss und Riegel gesetzt. Bei einer Witwe in der Kriemhildstraße zu Lichtenberg war vor einiger Zeit eingebrochen. Die Behältnisse wurden durchwühlt, und aus einer Kommode wurden 4000 M. gestohlen. Die Ermittlungen lenkten den Verdacht auf einen Kaufmann Hans J., der sich der Frau als wohlhabender Mann genähert und ihr die Ehe versprochen hatte. Erst jetzt erfährt die Witwe, daß J. von mehreren Strafbehörden gesucht wurde. Im Vertrauen auf das, was er ihr erzählt hatte, hatte sie ihm bereits 4000 M. zur Verfügung gestellt, die er angeblich für geschäftliche Unternehmungen brauchte. Zum Dank dafür holte er sich noch weitere 4000 M. heimlich.

J. hatte aber nicht nur diese Frau an der Hand, sondern noch mehrere andere, obwohl er verheiratet ist. Auch diesen lockte er ab, was er bekommen konnte. Daneben betrieb er Warenhandel auf allen Gebieten. Er kaufte Firmen auf, die zum Teil schon erloschen waren, und arbeitete nun mit den Waren, in denen sie bisher gehandelt hatten. In der Brunnenstr. 131 machte er einen Automobilvertrieb auf. Bei Einkäufen leistete er immer nur kleine Anzahlungen, für den Rest gab er „Kundenwechsel“, die nie eingelöst wurden. Alles verschleuderte er sofort wieder, auch wenn sich die Verkäufer bis zur vollständigen Tilgung des Kaufpreises das Eigentumsrecht vorbehalten hatten. So machte er es sogar mit Pferden, die er „auf Probe“ nahm, und in zwei Fällen mit Hunden, die er sich als „Jagdopächter“ auf Inzerate hin von Förstern schenken ließ. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen ihm über 40 vollendete Betrügereien zur Last, während es in etwa 100 Fällen beim Versuch blieb, weil die Verkäufer vorsichtig waren. J. kümmerte sich um Frau und Kinder überhaupt nicht. Er hielt sich ständig in Gasthöfen auf und war nirgends polizeilich gemeldet.

Jetzt wurde er verhaftet und der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Reichsbannerehrenwache an der Mordstelle.

Das Reichsbanner wird heute, Freitag, den 24. dieses Monats, von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr an der Stelle, wo Walthar Rathenau ermordet wurde, und zwar in der Kolonie Grünwald, Königsallee, gegenüber der Einmündung der Wallot- und Erdenerstraße, eine Ehrenwache stellen. Dort befindet sich in unmittelbarer Nähe der Autobus- und Straßenbahnhaltestelle der Baum, vor dem sich vor fünf Jahren der furchtbare Mord abspielte. Der Baum selbst zeigt heute noch zwei deutlich sichtbare Kugelspuren. Das Reichsbanner wird an diesem Baum einen großen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife aufhängen und den ganzen Tag über eine Ehrenwache von vier Kameraden mit Fahnen rechts und links vom Baum postieren. Abends 8 Uhr erfolgt die Abnahme des Kranzes und die Ueberbringung in das in unmittelbarer Nähe gelegene Rathenau-Haus. Die Wachtposten werden von den Ortsvereinen Wilmersdorf und Charlottenburg gestellt.

Selbstmordversuch zweier Schwestern.

Sorgen um die Zukunft haben die 59 und 52 Jahre alten Geschwister Luise und Gabriele M. zu dem Entschluß gebracht, gemeinsam in den Tod zu gehen. Die beiden Frauen, die einst bessere Tage sahen, betrieben am Kurfürstendam ein Pensionat, das wohl nicht mehr so gut ging, als sie gewünscht hatten. So fürchteten sie für die Zukunft. Gestern morgen kamen beide nicht zum Vorschein. Als das Hausmädchen und die Wäste sich nach ihnen umsehen, fand man sie im Schlafzimer bewußtlos auf. Die eine lag im Bett, die andere auf dem Divan. Auf dem Tische stand ein Glas, aus dem sie eine giftige Flüssigkeit getrunken hatten. Es gelang, beide ins Leben zurückzurufen. Sie wurden nach dem Krankenhaus Westend gebracht.

Johannsfest auf der Wochenendausstellung! Am heutigen Freitag findet auf der Wochenendausstellung eine große Sonnenwendfeier unter Mitwirkung verschiedener Wandervereine statt. Die Feier beginnt um 8 1/2 Uhr abends in den Funkturnierkassen mit dem Aufmarsch der Teilnehmer am Holzstoß. Den Schluß der

Verabschiedung des Stadthaushalts.

Warum die Deutschnationalen ihn ablehnten!

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung ist gestern mit der Durchberatung und Festlegung des Stadthaushaltsplanes fertig geworden. Daß Deutschnationale und Kommunisten ihn ablehnten, verstand sich von selbst. Warum die Deutschnationalen nicht zustimmen konnten, erfährt man aus dem Munde ihres Redners Pfarrer Koch. Die Deutschnationalen haben kein Vertrauen zum Magistrat, weil sie in ihm nicht so vertreten sind, wie sie es wünschen. Der Demokrat Werten antwortete, es seien doch drei Deutschnationale im Magistrat, die ihn kontrollieren könnten. Freilich sind's nur Unbefohlene, daher jene Tränen der Deutschnationalen! Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte unser Genosse Lohmann, daß sie dem im Ausschuss verbesserten Haushaltsplan ihre Zustimmung gibt, weil er vor dem arbeitenden Berlin verantwortet werden kann. Eine Politik der Verantwortungsllosigkeit, wie die Kommunisten sie treiben, kann die Sozialdemokratie nicht mitmachen. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Annahme des Haushaltsplans.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde die Beratung des Haushaltsplanes fortgesetzt. Es kamen die Kapitel Berufs- und Fachschulen, Kunst und Bildung, höhere Lehranstalten, Theater, der Etat des Landesamtes für Arbeitsvermittlung, die Pläne für die städtischen Werte und Güter, für die Verkehrsmittel und vieles andere zur Beratung. Da die Berichterstatter meist auf das Wort verzichteten und auch die Stadtverordneten nur in den seltenen Fällen das Wort nahmen, so fanden die meisten Kapitel eine schnelle Erledigung. Nur bei den Steuern vertrat Stadtverordneter Leh die kommunistischen Anträge auf Schaffung einer Wohnungsteuer und einen Ausbau der Wertzuwachs- und der Grunderwerbsteuer. Er mußte sich vom Kämmerer Dr. Lange lösen lassen, daß die Möglichkeiten der Wohnungsteuer stark überschätzt werden und daß die Schwierigkeiten bei ihrer Erhebung zu dem Ertrage in keinem Verhältnis stehen. Im übrigen würden bei dieser Steuer ebenso wie bei der Uebertragung der anderen genannten Steuerarten die Aufsichtsbehörden die Zustimmung verweigern, wie das schon einmal der Fall gewesen ist.

Es folgten dann die

Schlussworte der Fraktionsführer.

Stadtverordneter Koch (Dnat.) übte noch einmal Kritik an dem Gesamtetat und bedauerte, daß die Mehrheit der Versammlung die deutschnationalen Änderungsanträge — Herabsetzung der Grunderwerbsteuer um die Hälfte und Erhöhung der Beiträge der Krankenkassen zu den Krankenhausbekämpfungskosten — abgelehnt hätte. Er vertrat noch einmal die Forderung der Deutschnationalen auf Wiedereinführung der zweiten Klasse bei der Hoch- und Untergrundbahn (!) und warf schließlich der Stadtverwaltung vor, daß sie eine leichtsinnige Finanzpolitik treibe, die zu einer Verschleuderung übergroßer Ausgaben im Etat geführt hätte. Koch warf dem Magistrat übermäßige Projektmacherei vor und er hielt sich besonders über den Ausbau der Großen Frankfurter Straße vom Strausberger nach dem Alexanderplatz auf. Zum Schluß seiner Ausführungen beschwerte sich Stadtverordneter Koch darüber, daß man es nicht für nötig halte, den Deutschnationalen ein befördertes Magistratsmitglied zuzugestehen, da nur so seine Fraktion die Möglichkeit hätte, den Etat genügend kennenzulernen. (Große Heiterkeit.) Bei der einseitigen Parteilichkeit, die in der Stadtverwaltung Berlin getrieben werde, könne keine Partei die Verantwortung für den Etat nicht übernehmen; sie lehne ihn daher ab.

Stadtverordneter Werten von den Demokraten stellte eingangs seiner Ausführungen gegenüber dem Vorredner fest, daß drei prominente Mitglieder der deutschnationalen Fraktion im Magistrat sich und Stimme hätten. Auf einen Jurist des Herrn Koch, daß die Deutschnationalen unter den Fachstädtären vertreten zu sein wünschten, bemerkte Werten, daß bei

der Bestellung der Arbeiten unter den Magistratsmitgliedern keine Rede mehr von „Fach“, oder anderen „Stadträten“ sein könne. Die Deputierten für das Wohnungs- und das Verkehrsamt beispielsweise fallen streng genommen nicht unter den Begriff der „Fachstadträte“. — Wer wolle aber behaupten, daß ihre Arbeit hinter der eines „Fachstadtrats“ zurückstehe. Werten bedauerte, daß die Bilanzierung des Etats nur unter Vornahme großer Abstriche auch bei den wichtigsten Kapiteln erfolgen konnte und sagte schließlich die Zustimmung seiner Parteifreunde zu dem Haushalt zu. Die Politik der Deutschnationalen sei bequem aber verantwortungslos. (Gebrüll bei den Deutschnationalen.) Der Kommunist Leh lehnte den Etat ab. Stadtverordneter Caspari von der Volkspartei erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zum Haushaltsplan und betonte im besonderen, daß seine Freunde keine Möglichkeit gesehen hätten, den Etat mit geringeren Steuererhebungen zu balancieren.

Zu den Ausführungen des deutschnationalen Redners nahm auch der Oberbürgermeister Böß das Wort. Er bedauerte zunächst, daß zwei große Parteien den Etat ablehnten. Die eine, weil er zu wenig, die andere, weil er zu viel bringe. Im übrigen verwahrte sich der Oberbürgermeister gegen den Vorwurf Kochs, der Etat sei unübersichtlich aufgestellt. Bei früheren Etatberatungen ist das Schema für die Aufstellung des Haushaltsplanes von den Stadtverordneten festgelegt worden und der Magistrat ist dem gefolgt. Die Bedürfnisse einer Viermillionenstadt, die sich jährlich um etwa 100 000 Köpfe vermehrt, müssen eben bis zu einem bestimmten Prozentsatz befriedigt werden; allerdings ist der Magistrat der Meinung, daß diese Befriedigung bisher in durchaus unzureichendem Maße erfolgte. Das Stadtoberhaupt sprach dann noch sein Bedauern darüber aus, daß Berlin beim Finanzausgleich so schlecht abgeschrieben habe. Wenn die deutschnationale Fraktion auf ihre Parteimitglieder in der Landtagsfraktion den nötigen Einfluß ausgeübt hätte, so hätte Berlin allein in diesem Jahre 28 Millionen Mark mehr haben können.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Genosse Dr. Lohmann die Zustimmung zum Etat.

Wie Sozialdemokraten bekennen uns freudig zu einer Kommunalpolitik, die, wie die gegenwärtige, auf weite Sicht gemacht wird.

Es sei das allerdings dieselbe Politik, die die Deutschnationalen der Stadtverwaltung als die schlimmste Sünde anrechnen. Gegenüber dem Kommunisten Leh bemerkte Genosse Dr. Lohmann, daß dieser vergessen hätte, bei seinen Forderungen auch Mittel zur Deckung anzugeben. Die Kommunisten wählten ganz genau, daß die Steuerarten, die sie vorschlugen, von den Aufsichtsbehörden abgelehnt würden, weil die gesetzlichen Grundlagen dafür nicht vorhanden sind. (Zurufe bei den Kommunisten.) „Sowohl, meine Herren von der kommunistischen Partei, es ist nun einmal so, daß die Gesetze respektiert werden müssen. Das tun nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern auch die kommunistischen Stadträte im Magistrat Berlin!“ Die Opposition der Deutschnationalen und der Kommunisten bezeichnete der Redner als eine Verantwortungsllosigkeit. Gegenüber der unterschiedlichen Beurteilung der sozialdemokratischen Politik durch die Parteien von rechts und links ist die sozialdemokratische Kommunalpolitik als eine konsequente Politik zu bezeichnen. Der Berliner Haushalt kann vor der Bevölkerung vertreten werden, deshalb werden die Sozialdemokraten ihm zustimmen. Die Stadtverordneten Lange (Z.) und Kinscher (Wirtschaftspartei) erklärten, daß ihre Fraktionen dem Haushaltsplan zustimmen werden. In einer Anzahl Einzelabstimmungen wurden daraufhin die einzelnen Etatartikel in der Fassung des Haushaltsausschusses mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums und der Wirtschaftspartei angenommen. In der Gesamtabstimmung stimmten dann die beiden Flügelparteien, Deutschnationale und Kommunisten, gegen den Haushaltsplan Berlins für 1927, der aber von der Mehrheit angenommen wurde.

Die für heute, Freitag, angelegte außerordentliche Sitzung fällt aus. Dafür versammeln sich die Stadtverordneten am kommenden Dienstag um 18 Uhr.

Das 13. Kreis-Turn- und Sportfest

der Arbeitersportler am Sonnabend, dem 25., und Sonntag, dem 26. Juni, im Poststadion, Lehrter Straße 57a, ist das **Fest der Berliner Arbeiter!** Besuch es in Massen! Nehmt daran teil!

Sonnenwendfeier macht ein Riesenseuerwerksschauspiel, ausgeführt von Gebr. Bock, das etwa um 9 1/2 Uhr abgebrannt werden wird.

Vom eigenen Hund zerfleischt.

Gestern nachmittag wurde die Frau des Kaufmanns Sch. in ihrer in der Wartburgstraße 11 gelegenen Wohnung von ihrem Schäferhund angefallen. Das sonst ruhige Tier stürzte sich plötzlich auf die völlig Ueberraschte und brachte ihr tiefe Bißwunden in den Arm bei. Auch der Ehemann, der seiner bedrängten Frau zu Hilfe eilte, wurde von dem Hund gebissen. Beiden blieb nichts weiter übrig, als fluchtartig die Wohnung zu verlassen. Sie erhielten die erste Hilfe auf der nächsten Rettungsstelle, wo schwere Armverletzungen festgestellt wurden. Der Hund, der in der Wohnung geblieben war und sich wie toll gebärdete, mußte durch einen herbeigerufenen Polizeibeamten erschossen werden. Der Kadaver wurde zur Untersuchung durch einen Tierarzt sichergestellt, da vermutet wird, daß der Hund tollwütig war.

Funkwinkel.

Dr. Adolf Grabowski, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik, sprach in seiner Vortragsreihe „Die Bedeutung der Geographie für die Weltpolitik“ über Wirtschaft und Raum. In klarer Gegenüberstellung zeigte der Vortragende die innere Verschiedenheit in den Expansionsbestrebungen der englischen Weltreiche und der heutigen kapitalistischen Imperien. R. W. Goldschmidt, Dozent an der Humboldt-Hochschule, legte eingehend „Die Weltanschauung der jüngsten Vergangenheit“ dar, zeigte, wie sie sich im einzelnen ihrer wesentlichen geistigen Vertreter in Nietzsche, Arnos Holz, Gerhard Hauptmann dokumentiert. — Anlässlich war Gustav Hochstedters Plauderei „Rund ums Familienbad“. Die stimmungsvolle Nachmittagsveranstaltung brachte dichterische Impressionen R. E. Reuters anschließend vornehm, wenn auch etwas kühl gespielte Kammermusik des Trios Egon Birchner, Gerda Reichert, Eugen Sandor. Der spanische Abend war von einem qualvoll ledernen Vertikalarbeit über Land und Leute belastet. Erfreulich war die musikalische Behandlung des Themas. Dagegen kam Gerantes unersättlicher Don Quixotte zu kurz. Das erste Kapitel wurde durch Alfred Braun nicht einmal schlecht gelesen, aber er hatte doch nur eine sehr pflichtgemäße Einstellung dazu. Man hätte hier einen Vortragenden gewinnen müssen, der in diesen weissen heiteren und traurigen Roman wirklich von Herzen verliert war.

Schweres Motorradunglück in Berlin N.

Ein folgenschweres Motorradunglück ereignete sich gestern abend gegen 10 Uhr vor dem Hause Panstraße 65. Der 42jährige Motorradfahrer G. Reschka, der in der Panstraße 65 wohnt, hatte gerade das Haus verlassen und den Fahrradweg erreicht, als ein Kraftwagen in schneller Fahrt herannah, das Motorrad erfasste und zwischen den Kraftwagen und eine dort stehende Lissafäule schleuderte und es einlenkte. Das Rad wurde völlig zerstört. R. und dessen 41jährige Frau, die auf dem Sozius saß, zogen sich schwere Verletzungen zu, die bei der Frau so schwerer Natur sind, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Sie wurde in hoffnungslosem Zustande in das Birchow-Krankenhaus gebracht. R. fand mit schweren Beinverletzungen im Jüdischen Krankenhaus Aufnahme.

Reichstädtbund. Am 28. bis 30. Juni 1927 tagt in Görlitz der Reichstädtbund. Anlässlich dieser Tagung findet eine Sitzung der sozialdemokratischen Gruppe am 29. dieses Monats um 15 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus in Görlitz statt. Die Vertreter, die bereits am 28. Juni in Görlitz sind, treffen sich an diesem Tage um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus, um bereits zu einigen Fragen Stellung zu nehmen und um vor allen Dingen auch die Möglichkeit persönlicher Führungsnahme zu haben. Es ist Pflicht eines jeden sozialdemokratischen Vertreters, dieser Gruppenitzung beizuwohnen. Ein Vertreter der Kommunalpolitischen Zentralkasse wird anwesend sein. Kommunalpolitische Zentralkasse beim Parteivorstand. (SPD.)

Unfall bei einer Reichswehr-Pionierübung.

Ein Pionier hilflos ertrunken.

Frankfurt a. d. O., 23. Juni. (WZ.) Bei einer Pionierübung an der Oder bei Altfliegegerichte schlug ein mit zwei Pionieren von der 1. Kompanie des 2. Pionierbataillons aus Stettin besetztes Schlauchboot um. Während der eine der Insassen sich durch Schwimmen ans Ufer retten konnte, wurde der andere durch seine schwere Ausrüstung nach unten gezogen und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Der Tote ist ein Oberpionier Braach.

Ein Knabe zum Muttermord angestiftet.

Der eben aus dem Kerker nach 4jähriger Haft entlassene Schwerverbrecher Johann Hala begab den erst 15 Jahre alten Häuslersohn Josef Stefan aus Habrin bei Königsberg dazu an, seine Mutter, die 60 Jahre alte Häuslerin Anna Jemann totzuschlagen. Der Burche besorgte dies mit einer Beile durch mehrere Kopfhiebe und raubte ihr dann 4 000 Kronen. Hala wollte die Mutter nicht selbst ermorde und dank sich dem Burchen, dem er die Hälfte der Beute versprach. Ein Polizeihund verfolgte die Spur bis zum Bette des Knaben, der einen Tag lang leugnete, aber dann gestand.

Die Arbeiten des neuen Berlin.

Aus dem Bezirk Wilmerdorf.

Die Geschichte der ehemaligen Stadt, des jetzigen Bezirks Wilmerdorf läßt sich bis auf das Jahr 1000 zurückverfolgen. Im Jahre 1155 hat Albrecht der Bär die Niederlassung erworben und sie wahrscheinlich nach einem seiner Dienstleute eines Bernhard von Wilmerdorf benannt. Bis kurz vor dem Kriege galt Wilmerdorf nach Frankfurt am Main als die zweitreichste Stadt Preußens. Die gute Finanzlage ermöglichte es, daß Einrichtungen geschaffen werden konnten, die in anderen Bezirken heute noch mangeln. Leider ist diese Aktivität nicht in allen kommunalpolitischen notwendigen Einrichtungen wirksam gewesen. Trotz der guten Finanzlage sind im Bezirk weder ein Krankenhaus noch eine Badeanstalt entstanden. Erst die Eingemeindung des Bezirkes in den großen Wirtschaftsverband Berlin hat die Schaffung dieser Einrichtungen gebracht, oder soweit noch nicht zur Verfügung gestellt werden konnte, für die nächsten Jahre als wichtigste Projekte vorgesehen. Die Zusammensetzung der Bevölkerung ist recht eigenartig. Rund 10 Proz. der wahlberechtigten Einwohner sind Hausangehörige. Ueber 30 000 Beamte wohnen im Bezirk. Der Frauenüberschuß ist ungeheuer groß, auf zwei Männer entfallen drei Frauen. Noch bis kurz vor dem Kriege galt in Wilmerdorf, daß beim Wohnhausbau im Vorderhaus kleinere Wohnungen als Bierzimmerwohnungen nicht gebaut werden sollten. Das rächt sich jetzt, indem wohl große Wohnungen vorhanden sind, kleine aber fehlen.

Krankenhaus, Badeanstalt, Schulbauten.

Wie schon erwähnt, mangelte es im Bezirk an einem Krankenhaus. Unter großen Mühen hat der Bezirk ein Krankenhaus geschaffen, das aber in keiner Weise den Ansprüchen des Bezirkes genügt. Der Magistrat hat das Projekt, den Bau eines Krankenhauses mit mindestens 400 bis 500 Betten anerkannt und 50 000 M. an außerordentlichen Mitteln bewilligt, die dazu dienen sollen, daß für diesen Bau projektierte Gelände bebauungsreif zu machen. Der Bezirk hofft, daß wenn er die gleiche Summe jährlich zugebilligt erhält, in fünf Jahren der Bau errichtet sein kann. An Badeangelegenheiten mangelt es im Bezirk außerordentlich. Das einzige Hallenschwimmbad ist einmal sehr klein, dann sehr abgelegen und in Privatband. Vor allem für die Schulkinder, denen in den Sommermonaten Schwimmkurse erteilt werden, macht sich dieser Mangel sehr bemerkbar. Das Freibad Wannsee kam nur an Ferientagen von der Schulfugend besucht werden, weil der Weg dorthin noch verhältnismäßig viel Zeit beansprucht. Der Bezirk hat den Beschluß gefaßt, das Gelände um den Granewaldsee in einen Volkspark — ähnlich wie dem Jungfernheldepark — umzugestalten und dort auch ein großes Freibad mitzubauen. Diese Arbeiten hofft man im nächsten Jahr durch Kostensparmaßnahmen ausführen zu können. Die Berliner Zentralstellen haben die Dringlichkeit der Schaffung eines Hallenbades anerkannt, wünschten aber, daß Wilmerdorf gemeinsam mit Schöneberg eine derartige Anlage schafft. Beide Bezirke haben darüber verhandelt und sind durch die erteilte Lage gezwungen gewesen diesen Vorschlag abzulehnen. Der Magistrat wiederum hat abgelehnt, daß der Bezirk mit Unterstützung einer Finanzgruppe baut, weil diese Unterstützung nur eine verfechtete Anleihebegebung darstellt, die im Interesse der Stadt nicht angenommen werden kann. Der Grund mag richtig sein, genau so richtig aber ist, daß der Bezirk nicht noch Jahre auf die Erfüllung dieses Wunsches warten kann. Der Friedhof in Stahnsdorf muß erweitert werden. Die Errichtung weiterer technischer Gebäude ist notwendig. Auch die Zufahrtsstraßen zum Friedhof müssen verbessert werden. Im Krematorium ist der Bau einer Urnenhalle vollendet.

Die Wohnbautätigkeit des Bezirkes hat in den letzten Jahren eine wesentliche Förderung durch die städtische Heimstätten-Gesellschaft erfahren. Mit Hilfe der Hauszinssteuer — und städtischer Zuschüsse ist es gelungen, den Bau von 200 bis 300 Wohnungen zu ermöglichen, die durch den Bezirk verteilt werden. In diesem Wohnungsbauprogramm sollen vor allem Kleinwohnungen enthalten sein. Die Gehag hat dem Bezirk ein Projekt eingereicht, das die Randbebauung des Gasanstaltgeländes vorsieht. Es scheint leider, als ob das Projekt von einzelnen Fraktionen des Bezirkes nicht gewünscht wird, weil in diesem Bauvorhaben fast ausschließlich Kleinwohnungen vorgezogen sind. Von weiteren Bauvorhaben, die in diesem Jahr noch ausgeführt werden sollen, sei noch erwähnt, daß endlich die Mittel bewilligt sind, um den Schmargendorfer Brückentopf umzubauen. Damit verschwindet endlich eine Gefahrenquelle. Im nächsten Jahre soll auch der Schöneberger Seepark eine Umgestaltung erfahren. Der Selbstmörderfriedhof Schildhorn erhält ein neues technisches Gebäude. Auf dem Grundstück Wilhelmstraße 123/124 werden die dort gelegenen Kinderhort- und Kindergartenanlagen ausgebaut. Neu eingerichtet wird an der gleichen Stelle ein „Haus der Jugend“. Als einziger Bezirk besitzt Wilmerdorf ein Kleinrentnerheim. Dort finden in einer Anzahl Kleinwohnungen Rentner nicht nur des Bezirkes Unterkunft. Das Heim ist so schnell besetzt worden, daß der Weiterbau notwendig geworden ist. In nächster Zeit wird der Hauptflügel des Heims mit 36 Wohnungen gebaut. Auch der Bau von drei Turnhallen ist bewilligt.

Wette Wünsche hat der Bezirk wie fast alle anderen Bezirke in der Ausgestaltung des Straßen- und Wegenetzes und der Verkehrsmittel. Der Untergrundbahnverkehr ist bei einer zehnmittigen Zugfolge unzureichend. Um das Messelgelände verkehrstechnisch zu erschließen, wird jetzt die Straße von Halensee zum Messelgelände gebaut. Ein Projekt, das noch auf Jahre den Bezirk beschäftigen wird, ist der Weiterbau der Untergrundbahn von Halendorfstraße nach Halensee und dem Messelgelände. Durch die Verkehrsverbände über den Kurfürstendamm nach dem Messelgelände wird eine Entwicklung beschleunigt, die in den letzten Jahren unaufhaltsam vorwärts drang: Die Umgestaltung des Bahndviertels am Kurfürstendamm in ein Geschäftsviertel. Große Firmen haben dort schon ganze Reihen Häuser erworben und es wird eine Frage von ganz kurzer Zeit sein, daß dort ganze Waren- und Geschäftshäuser entstehen.

Fördert den Sport!

Ein neuer Spielplatz für Friedrichshain?

Man schreibt uns: Im neuen Berlin wurde die Sache der Leibesübungen durch Schaffung von Sportplätzen außerordentlich gefördert, doch scheinen bei der Neuerrichtung von Spielplätzen einzelne bestimmte Bezirke eine bevorzugte Stellung einzunehmen. Man wende den Blick vom Westen nach dem Osten.

Der Bezirk Mitte z. B. ist auf Grund seiner eigenartigen Lage nicht imstande, seinen Vereinen einen Spielplatz zur Verfügung zu stellen. Der dichtbevölkerte Bezirk Berlin, der Bezirk Friedrichshain, verfügt wohl über einen Spielplatz im neuen Hain, dieser Spielplatz wird aber so stark in Anspruch genommen, daß von einem sportgerechten Betriebe nicht mehr gesprochen werden kann. Dazu kommt noch die Tatsache, daß dieser Platz, ursprünglich gar nicht als Sportplatz angelegt, den Erfordernissen des Sports nicht angepaßt ist. Eine ganze Anzahl von Sportarten

kann auf diesem Platz nicht ausgeübt werden. Tags über steht dieser Platz zur Durchführung der obligatorischen Spiele den Schulen zur Verfügung. Es ist sehr zu verwundern, daß die Spielleiter der Lehrerschaft nicht schon lange dem Stadtmag für Leibesübungen die Erklärung abgegeben haben, daß unter den jetzigen Umständen von einem ordnungsmäßigen Betriebe bei den Schulsportspielen nicht die Rede sein kann. Täglich nehmen etwa 2000 Sportler und Sportlerinnen bzw. Schüler diesen verhältnismäßig kleinen Platz in Anspruch. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Sportler schon seit langem vom Bezirksamt Friedrichshain die Schaffung eines weiteren Sportplatzes verlangen. Dieser Forderung trug das Bezirksamt bereits Ende 1925 Rechnung und arbeitete ein Projekt für die Ausgestaltung des städtischen Geländes in der Gohler-, Rochow- und Osterstraße aus. Dieses Projekt kam beim Stadtmag für Leibesübungen Anfang 1926 zur Vorlage und bis heute wartet man vergebens auf Förderung oder Genehmigung des Projektes durch das Stadtmag. Der Platz zur Anlage des Sportplatzes mußte von etwa 100 Laubkolonisten vorzeitig geräumt werden, die vom Bezirksamt rund 11 000 M. Abstand erhielten. Weiter wurde ein Fußballplatz beseitigt zur Aufnahme der verlegten Schulgärten. Für die neu untergebrachten Schulgärten mußten neue Bewässerungsanlagen und Einfriedungen geschaffen werden. Also bereits Ausgaben über Ausgaben. Das Bezirksamt Friedrichshain hat es nicht an Initiative fehlen lassen; das neue Stadtmag für Leibesübungen scheint jedoch bei diesem Projekt nicht über die Beratungen hinauszukommen. Die Sportler haben bei der Schaffung von Spiel- und Sportplätzen für die Arbeiterbezirke von dem neuen Stadtmag für Leibesübungen bestimmt mehr erwartet, als es bisher der Fall war. Auch im Jahre 1926 wurden für den neuen Sportplatz keine Mittel zur Verfügung gestellt und nunmehr sind auch die Mittel für das Etatsjahr 1927/28 in Höhe von 800 000 M. bereits verteilt, der neue Sportplatz im Bezirk Friedrichshain wurde dabei nicht berücksichtigt! Für die Stadterhaltung scheint das Spielplatzprojekt im Bezirk Friedrichshain nicht so dringend zu sein, als daß es nicht durch längeres Liegenlassen noch dringender werden würde.

Auf jeden Fall muß die sofortige Schaffung eines zweiten Sportplatzes dringend gefordert werden.

Herzranke Schulkinder.

Die Betreuung lungenkranker Schulkinder ist nach bewährten Grundsätzen geregelt: Es wird für die richtige Ueberwachung dieser Kinder gesorgt. Viele Knaben und Mädchen werden alljährlich nach geeigneten Kuranstalten geschickt. Man läßt den Kindern eine Ernährungsfürsorge angedeihen. Die Fürsorgeschwester versucht, auf wohnungshygienischem Gebiete, soweit das in den heutigen Zeiten der ewigen Wohnungsschwierigkeiten möglich ist, das Interesse der Kinder wahrzunehmen. Und noch mancherlei anderes geschieht im Interesse der lungenkranken Schulkinder.

Die Versorgung herzkranker Schulkinder vollzieht sich jedoch noch nicht in dieser systematischen Art. Die Entscheidung „von Fall zu Fall“ steht im Vordergrund. Viele Sachkenner der sozialhygienischen Fürsorge sind sich darüber einig, daß es jetzt, nachdem man eine Reihe von Erfahrungen gesammelt hat, an der Zeit ist, auch die Fürsorge für herzkranker Schulkinder in gewisser Beziehung zu vereinheitlichen und in mancher Hinsicht auszubauen. In Amerika ist mit einer solchen Fürsorge viel gutes erreicht worden. Besonders begrüßenswert ist es, daß jetzt ein erfahrener Berliner Facharzt für Herzkrankheiten, Dr. H. Sachs, sehr beachtliche Vorschläge zur Versorgung herzkranker Schulkinder macht, die umso ernstere Beachtung verdienen, als Sachs in seiner Eigenschaft als langjähriger städtischer Wohlfahrtsarzt auch die soziale Umwelt dieser Kinder auf das genaueste kennt und in ihrer Bedeutung für die Beurteilung der Krankheitsaussichten, die „soziale Prognose“, mit Kennerblick einzuschätzen vermag.

Schon bei der Feststellung, ob ein Schulkind „herzkrank“ ist, bestehen für den Schularzt mancherlei Schwierigkeiten. Recht oft,

Morgen vorm. 11 Uhr Eröffnung

eines Teiles unseres Erweiterungsbaues **Brunnenstr. 18** ECKE INVALIDEN

Fabelhaft billige Eröffnungspreise

Damenstrümpfe feinsüßige Qualität, verstärkte Hochferse und Doppelsohle Eröffnungspreis 0.68	Flor-Jacquardsocken elegante Neuheiten, verstärkte Sohle und Ferse Eröffnungspreis 1.45	Seidenschlüpfer für Kinder, gute Kunstseide, alle Größen Eröffnungspreis 0.68
Flor-Damenstrümpfe moderne Farben, verstärkte Sohle und Ferse Eröffnungspreis 1.25	Kniebeinkleid prima Renforcé mit Riegelbund, beste Verarbeitung Eröffnungspreis 2.90	Seidenschlüpfer für Damen, gute Kunstseide, alle modernen Farben Eröffnungspreis 1.45
Seidene Damenstrümpfe feine künstliche Seide, moderne Farben Eröffnungspreis 2.25	Weißes Oberhemd mit eleganten Piquéfalteln und Klappmanschetten, sehr guter Rumpfstoff Eröffnungspreis 4.90	Seidene Damen-Hemdosen ästhetische Seide, moderne Farben, teilweise mit Spitze Eröffnungspreis 2.45
Herren-Schweißsocken weiche Qualität, verstärkte Sohle und Ferse Eröffnungspreis 0.68	Eleganter Damen-Handschuh prima Leder-imitation Eröffnungspreis 0.45	Herren-Einsatzhemd mit eleganten Piqué-Einsätzen Eröffnungspreis 2.45
Fantasie-Herrensocken moderne Muster, verstärkte Sohle und Ferse Eröffnungspreis 0.78	Eleganter Damen-Handschuh prima Leinenimitation, weiß mit schöner Aufsicht Eröffnungspreis 0.48	Herren- und Damen-Pullover reine Wolle, elegante Jacquardmuster Eröffnungspreis 8.75

Diese Preise gelten nur für unsere Filiale Brunnenstraße 18.

Eleg. Oberhemd mit la Popeline-Einsatz und Klappmanschetten mod. Farben
Eröffnungspreis 5.75

Strumpfhäuser METZGER A. G.

Damen- u. Herren-Pullover reine Wolle
Eröffnungspreis 8.75 6.90 5.90

Leipziger Str. 89, 110 u. 75 Friedrichstr. 92a Wilmerdorfer Str. 60-61 u. 128 Brunnenstr. 18 Tantenstr. 18 I. Schapskhaus

Genossenschaftliche Hypothekenbank.

Die Tagung der Konsumvereine in Essen.

Nach auf dem zweiten Verhandlungstage der Genossenschaftstagung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine führte der von Kaufmann-Hamburg erstattete Vorstandsbericht zu einer scharfen Stellungnahme gegen das Nachtbaudelot bei Bäckereigrößbetrieben, das den Brotkonsum der organisierten Verbraucher ungebührlich verteuere. Die überraschende Entwicklung der Spareinslagen, die heute schon doppelt so hoch wie vor dem Kriege seien, hätte die Konsumgenossenschaftsbewegung vor neue Aufgaben gestellt. In fünf Jahren würden die Spareinslagen zum Umsatz wie 2:3 stehen. Da sie in den Vereinen, aber auch in der Großverkaufsgesellschaft zunächst nicht mehr unterzubringen seien, würde die Frage ihrer Verwendung brennend. Jedoch eröffne sich in der Wohnungsfürsorge für die Mitglieder eine große Möglichkeit, da Konsum- wie Baugenossenschaften nur in beschränktem Umfang für den Wohnungsbedarf sorgen könnten. Es kam dabei zu dem interessanten und außerordentlich bedeutungsvollen Vorschlag, der Errichtung einer genossenschaftlichen Hypothekenbank zur Unterstützung der Eigenheimbestrebungen. Dieser Vorschlag ist sehr zu begrüßen, da er nicht nur einem akuten Bedürfnis entgegenkommt, sondern auch für zukünftige Aufgaben der Konsumgenossenschaften ganz neue und außerordentlich fruchtbare Perspektiven aufzeigt.

Wichtig sind die Forderungen, die zur Wirtschafts- und Steuerpolitik aufgestellt worden sind. Gegen die Erhöhung der Zölle für wichtige Lebensmittel erhebt der Genossenschaftstag Protest und fordert einen beschleunigten, stufenweisen Abbau der Zölle, da durch die Zölle die Kaufkraft des Arbeitslohnes und der Beamtengehälter vermindert und die Macht der Kartelle und Syndikate gestärkt wird. Wiederholt werden die Forderungen nach Errichtung eines Kartellregisters und eines unabhängigen Kontrollamtes, das die Kartelle und ihre Tätigkeit fortlaufend zu prüfen und die Ergebnisse bekanntzugeben hat. Mit scharfem Nachdruck wird gegen die ungerechte Doppel- und Ausnahmesteuerung protestiert, die in der Heranziehung der Genossenschaften zur Umsatzsteuer und zur Gewerbesteuer besteht. In der Gefrierfleischfrage wird festgestellt, daß der der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zugewiesene Kontingentsanteil nicht annähernd ausgereicht hat, den Ge-

frierfleischbedarf der Konsumgenossenschaften zu decken. Zur Sicherung des Gefrierfleischbedarfs der arbeitenden Bevölkerung, die auf den Fleischgenuss nicht verzichten kann, wird die Aufhebung des Einfuhrkontingents für Gefrierfleisch und statt dessen die ungehinderte zollfreie Einfuhr gefordert.

Der nicht zuletzt durch den Widerstand der Konsumgenossenschaften allgemein in ihrer Wirksamkeit erkannten Konsumfinanzierung, die die Kaufkraft des Volkes nur unwesentlich und die Zinsen für den gewährten Kredit verringert, stellte Genosse Pirus-Berlin die Forderung entgegen, durch auskömmliche Löhne für Arbeiter, Angestellte und Beamte die Wirtschaft zu fördern und den arbeitenden Massen dadurch die Möglichkeit zu geben, ihren Anteil an dem Genuß der Kulturerrungenschaften zu erweitern. Schließlich hat der Genossenschaftstag auch eine stärkere Vertretung der Konsumvereine in den öffentlichen Körperlichkeiten gefordert. Regierung und Reichstag werden ersucht, im endgültigen Reichswirtschaftsrat dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine eine der Größe der Organisation entsprechende Vertretung zu gewähren und auch dafür zu sorgen, daß in den zu errichtenden Bezirkswirtschaftsräten oder Wirtschaftskammern die Repräsentanten der Konsumgenossenschaften den Vertretungen der Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks gleichgestellt werden.

Die für die Arbeiterschaft bedeutsamste volkswirtschaftliche Anregung der Tagung wird man in der Errichtung einer genossenschaftlichen Hypothekenbank zu erblicken haben. Damit würde, nachdem durch die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in großzügiger Weise die Grundlagen für eine Arbeiterkreditbank geschaffen worden sind, für die von den Arbeitermassen, insbesondere von den Mitgliedern der Konsumvereine gesammelten Sparbeiträge, auch eine langfristige Anlagemöglichkeit geschaffen werden. Würde diese genossenschaftliche Hypothekenbank, wie beabsichtigt, ihre Gelder dem Eigenwohnungsbau zur Verfügung stellen, so wäre auch auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft der entscheidende Schritt zur Emanzipation vom kapitalistischen Hausbesitzertum getan, das durch Generationen hindurch die Spargelder der arbeitenden Massen in Mietkasernen angelegt hat, um sich aus dem Mietzins eine arbeitsfreie Rente zu sichern.

Zwei Elendsindustrien. Erhebungen über Spielwaren und Musikinstrumente

Ueber zwei der ältesten und heute noch bei ihrer starken hausgewerblichen Verbreitung größten Elendsindustrien berichtet das letzte Heft von „Wirtschaft und Statistik“. Es handelt sich um die Spielwaren- und Musikinstrumentenindustrie, die schon seit Jahrhunderten der Mittelpunkt der Haus- und Heimarbeit waren, an denen die Auftraggeber heute noch sehr viel verdienen und bei denen es erst in den letzten Jahrzehnten durch die fortschreitende Technik zur Errichtung von Großbetrieben gekommen ist.

Nach der Betriebszählung vom Jahre 1925 beschäftigten sich in Deutschland nicht weniger als 11 025 gewerbliche Betriebe mit der Herstellung von Spielwaren, in denen insgesamt nur 55 600 Personen beschäftigt sind, so daß im Durchschnitt auf jeden Betrieb rund fünf Personen entfallen würden. Am stärksten tritt mit 6195 Betrieben und 22 700 Personen unter den Ländern Thüringen hervor. Ihm folgt Bayern mit rund 2200 Betrieben und 14 200 Personen und endlich Sachsen mit rund 1600 Betrieben und 8851 Personen. Nicht weniger als 84,3 Proz. aller Puppen-erzeuger haben hausgewerbliche Betriebe. Glaspielwaren werden sogar mit 92,6 Proz., Stoffspielwaren mit 87,6 Proz., Papierpielwaren mit 81,4 Proz., Metallspielwaren mit 57,7 Proz., Spielwaren aus Holz mit 69,3 Proz. in hausgewerblichen Betrieben hergestellt. Im Durchschnitt haben 80,3 Proz. aller Spielwaren-erzeuger hausgewerbliche Betriebe.

Nicht viel besser steht es mit der Herstellung von Musikinstrumenten, bei denen nur der Pianoortebau, der Harmonium- und Orgelbau und die Erzeugung von Musikwerten und Sprechmaschinen überwiegend in Fabrikbetrieben erfolgt. Saiten- und Streichinstrumente zeigen bei 2851 Betrieben 58,4 Proz. hausgewerbliche Betriebe, Harmoniken bei 3196 Betrieben sogar 89,1 Proz. Die größte Verbreitung hat die Musikinstrumentenerzeugung in Sachsen, wo 5835 gewerbliche Niederlassungen 23 601 Personen beschäftigen. Auch hier kommen auf einen Betrieb etwa vier Personen. Nur zwei Betriebe, eine sächsische Pianoortefabrik und eine württembergische Harmonikfabrik sind sehr große Unternehmungen, die je über 1000 Mann beschäftigen.

Der Vergleich mit 1907 läßt dabei erkennen, daß sowohl die Herstellung von Spielwaren als auch von Musikinstrumenten noch stark im Anwachsen begriffen ist. Die Zahl der Betriebe, die Spielwaren erzeugen, hat sich um 40,4 Proz., die Zahl der beschäftigten Personen um 52,8 Proz. erhöht, wobei die Zahl der weiblichen Personen um 70 Proz. gestiegen ist. Die Musikinstrumente herstellenden Betriebe sind der Zahl nach um 40,2, nach der Zahl der beschäftigten Personen um 35,1 Proz. angewachsen, wobei der Anteil der beschäftigten weiblichen Personen sich sogar um 120,9 Proz. erhöht hat.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

In der Woche zum 11. Juni ist die arbeitstäglige Wagenstellung der Reichsbahn gegenüber der Vorwoche von 151 200 auf 149 300 Wagen zurückgegangen. Die Entwicklung seit Anfang April zeigt folgende Tabelle:

Tabelle: Übersicht seit April. (In 1000 Stück)		durchschnittlich pro Arbeitstag	
Woche	wöchentlich	1927	1926
27. 3.— 2. 4.	873,0	594,0	145,5
3. 4.— 9. 4.	858,2	594,5	143,0
10. 4.— 16. 4.	725,4	784,2	145,1
17. 4.— 23. 4.	722,0	728,2	144,4
24. 4.— 30. 4.	892,6	700,4	148,8
1. 5.— 7. 5.	890,0	741,8	148,8
8. 5.— 14. 5.	901,8	656,2	150,3
15. 5.— 21. 5.	908,7	756,2	150,6
22. 5.— 28. 5.	792,3	680,7	158,5
29. 5.— 4. 6.	907,0	721,7	151,2
5. 6.— 11. 6.	746,6	762,7	149,3

Für die Konjunktur bedeutet der kleine Rückgang nach nichts. Immerhin dauert der gegenwärtige sehr hohe Stand der Wagenstellung seit etwa sieben Wochen schon an und hat sich nicht weiter erhöht, was zum mindesten eine große Stabilität des gesamten Güterumschlages bei der Reichsbahn verrät.

Die Ruhr erwartet keine Kohlenpreiserhöhung. Anwürfe gegen die Belegschaften! Auf der Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke betonte Generaldirektor Haslach die unangenehme Wirkung des englischen Wettbewerbes für die Genehmigung der beim Reichskohlenrat beantragten Erhöhung der Kohlenpreise hat er aber keine Hoffnung mehr. Nach den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius in Hamburg sei nicht zu erwarten, daß dieser seine Zustimmung zur Kohlenpreiserhöhung geben werde, selbst wenn der Reichskohlenrat dem Antrag entsprechen würde. Man müsse sich damit abfinden, daß eine Preiserhöhung nicht eintritt. Der Unmut des Generaldirektors Haslach machte aber auch vor einer Berührung der Belegschaften nicht halt. Er wagte auszusprechen, daß der Arbeitswille der Belegschaften und damit die Leistungen erheblich heruntergegangen seien, so daß die Aussichten für die Zukunft besonders ungünstig sind. Das wird gesagt, nachdem die unerhörtesten Leistungssteigerungen der Belegschaften notariell sind. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichskohlenrat werden sich durch solche Anwürfe in ihrem objektiven Urteil sicher nicht beeinflussen lassen; ihr Vertrauen zu den Herrn Industrieführern wird aber kaum eine Stärkung dadurch erfahren.

Die Organisation des Kohlenhandels. Professor Bergius zur Ferngasfrage. Ueber die Organisation des Kohlenhandels wurde auf der Münchener Jubiläumstagung des Zentralverbandes der Kohlenhändler Deutschlands mitgeteilt, daß der Kohlenplatzhandel heute in 26 Landesverbänden mit über 400 Vereinen und mehr als 20 000 Mitgliedern und der Kohlengroßhandel in 16 Landesverbänden mit rund 800 Mitgliedern zusammengefaßt ist. Im Reichskohlenrat ist der Kohlenhandel mit fünf ordentlichen Mitgliedern vertreten. Auf der Tagung wurde auch wieder Sturm gelassen gegen die Gleichstellung der Konsumgenossenschaften mit dem Kohlenhandel beim Kohlenbezug, die nach den Anträgen der Kohlenhändler schon zweimal fallen sollte. Daraus ist zu schließen, daß auch in der Zukunft wieder entsprechende Anträge im Reichskohlenrat zu erwarten sind. In seinem Referat über die Rückwirkungen der Brennstoffveredelung auf den Kohlenhandel machte Professor Bergius über die Gaservervorsorgung die interessante Bemerkung, daß diese schon in kürzester Frist von den kommunalen Gaswerken benötigt werden würde, um die ländlichen Bezirke zu versorgen. Da der Kohlenhandel für Hausbrandholz und Holz damit ein wichtiges Absatzgebiet verliert, müßte dieser bemüht sein, sich dieses durch Zusammenarbeit mit dem Dfenbau zu erhalten. Verbesserungen des Dfenbaues ermöglichen auch in kleinen Familien die Heizung mehrerer Zimmer und damit einen höheren Heizstoffkonsum.

Eine wertwürdige Entscheidung. Wie gemeldet wird, hat die Reichsregierung den preussischen Antrag auf Zulassung von Abgaben für die Benutzung der projektierten Autobahnstraße Köln-Düsseldorf abgelehnt. Die Ablehnung erfolgt mit der Begründung, daß durch die Abgaben die Kraftfahrzeugsteuer praktisch erhöht würde und daß der Reichstag sich gegen die Erhebung besonderer Abgaben, die verkehrslenkend wirken ausgesprochen habe. Wir sind der Meinung, daß in diesem Falle die Hauptinteressenten die Benutzer der Straße sind, und wir wissen nicht, ob diese die wirtschaftlichen Vorteile der Autofahrt nicht höher einschätzen als die ihnen zugemutete Abgabe. Im Interesse der Verkehrsverbesserung mag es gerechtfertigt sein, das Prinzip voranzustellen und grundsätzlich die Benutzung von Straßen abgabefrei zu halten. In diesem Falle jedoch, wo erst einmal Erfahrungen auf einer Autofahrt gesammelt werden sollen, scheint uns eine Ausnahme durchaus sinnvoll und geboten. Es wird deshalb ernstlich zu prüfen sein, ob das Projekt deshalb gefährdet werden darf, weil aus prinzipiellen Gründen Bedenken gegen die Abgabenerhebung bestehen.

Neue preussische Schahanweisungen. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht erfährt, wird die preussische Finanzverwaltung durch die Seehandlung wieder Schahanweisungen des preussischen Staates mit einjähriger Laufzeit zum Verkauf anbieten. Diese Schahanweisungen dienen bekanntlich zur Finanzierung des Staatsbedarfes so lange, bis die Möglichkeit zur Auflegung von Anleihen gegeben ist. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt dürften der Anlaß zu der Maßnahme sein. Der Verkauf der Schahanweisungen, die von 1000 M. aufwärts gestuft sind, und für die bis auf weiteres 6 1/2 Proz. gezahlt werden, erfolgt zunächst nur an Girozentralen, Landesbanken und Sparkassen, und zwar durch Vermittlung der Deutschen Girozentrale, Deutsche Kommunalbank.

Russkredite auch in Polen. Nachdem Oesterreich vor einigen Monaten dem deutschen Beispiel in der Gewährung von speziellen Russkrediten gefolgt ist und Frankreich in diesen Tagen ähnliche Einrichtungen vorläufig abgelehnt hat, haben verschiedene Wirtschaftsverbände beim polnischen Ministerium einen Vorschlag eingereicht, der die Errichtung eines besonderen Finanzierungsinstitutes zur Gewährung von Krediten für Rußlandexporte vorsieht. Mit in- und ausländischen Versicherungsgesellschaften wird wegen der Risikodeckung bereits verhandelt.

Diskontermäßigung in Belgien. Der Diskontsatz der Belgischen Nationalbank, der seit dem 27. April 5 1/2 Proz. betrug, ist um 1/2 Proz. ermäßigt worden.

Jhre verpfuschte-Reise.



Trotz der allerbesten Vorbereitungen und eines mit vieler Liebe ausgedachten Reiseprogramms! Und warum, weil die Füße nicht mehr wollen und ihren Dienst versagen. Wenn Sie bei Ihrer bevorstehenden Urlaubsreise von ähnlichen Enttäuschungen verschont bleiben wollen, dann empfehlen wir Ihnen, rechtzeitig vor Beginn Ihres Urlaubs eine gründliche, fachmännische Fußuntersuchung nach

Dr. Scholl's

Fußpflegesystem vornehmen zu lassen. Für alle Beschwerden bietet dieses System wirklich individuell angepasste erfolgreiche Heilbehelfe. Es befreit Sie von quälenden Fußschmerzen, sichert Ihnen den freien und ungestörten Gebrauch Ihrer Füße und verleiht der Fußmuskulatur jugendliche Kraft und Elastizität

Beratung und Fußuntersuchung durch erfahrene Aerzte und Fußspezialisten in allen unseren Filialen **kostenlos!**

Gegründet 1867 **Stiller** Allein-Verkauf für Groß-Berlin!

Aus der Partei.

Genosse Paul Hug 70 Jahre.

Am 24. Juni wird der wohl den älteren Parteigenossen gut bekannte Genosse Paul Hug in Rüstingen (Oldenburg) siebzig Jahre. Mit seinem Namen ist ein gut Stück Parteigeschichte in der nordwestlichen Ecke Deutschlands auf das engste verbunden. Er kam Ende der siebziger Jahre als Schlossergeselle aus Württemberg nach Wilhelmshaven und fand auf der damals kaiserlichen Marinewerft Arbeit. Als er sich politisch in der sozialdemokratischen Bewegung betätigte, wurde er gemahregelt. Er schüttelte aber den Staub von der unglücklichen Stätte nicht von seinen Füßen, sondern widmete sich nun ganz der Werbung für die sozialdemokratische Sache. Als Reichstagskandidat für den 2. Oldenburgischen Reichstagswahlkreis war er ununterbrochen in ganz Oldenburg und Ostfriesland tätig. Im damaligen Bant schuf er eine sozialdemokratische Druckerei und das „Norddeutsche Volksblatt“. In der Kommunalpolitik erwarb er sich bald eine geachtete Stellung, und Bant bekam schon in jenen frühen Jahren eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit unter Hugs Führung. In den Oldenburgischen Landtag zog er als erster Sozialdemokrat ein. Nach dem Kriege, bis zu welcher Zeit er Redakteur und später als Geschäftsführer des „Norddeutschen Volksblattes“ tätig war, wurde er zunächst besoldeter Stadtrat und im vorigen Jahre Oberbürgermeister der Stadt Rüstingen. Der Jubilar beselzt bis zum heutigen Tage auch die Stellung des Bezirksvorsitzenden im Bezirksverband Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück. Möge ihm noch ein langer erfolgreicher Lebensabend beschieden sein!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 1. Kreis Mitte. Kreisvorstand und Gesamtsache Kommission: Sonnabend, 23. Juni, 17 Uhr, Besichtigung der Jugendheim. Treffpunkt: Jugendheim, Alster 18, frühestes Ausgehen.
2. Kreis Tiergarten. Alle Genossinnen und Genossen, welche sich dem Arbeiter-Samariter-Bund zur Sammlung zur Verfügung stellen, treffen sich Sonnabend, 23. Juni, 20 Uhr, im Lokal Kaula, Fiedlerstraße, zur Aufnahme der Karte.
3. Kreis Prenzlauer Berg. Achtung, Genossinnen und Genossen! Alle Sammler werden gebeten, Sonntag, 24. Juni, 7 Uhr, im Lokal Meißer, Köpenicker Straße 2-8, anzukommen zu sein.
4. Kreis Wilmersdorf. Die Genossinnen und Genossen werden dringend aufgefordert, sich dem Arbeiter-Samariter-Bund für seine Sammlerliste (23. Juni und 8. Juli) möglichst zahlreich als Sammler zur Verfügung zu stellen.
5. Kreis Schöneberg-Teichmann. Die Ferienkolonie des Schöneberger Frauen- und Mädchenbildungsbundes findet in diesem Jahre wiederum in Pöhlitz statt. Beginn Montag, 4. Juli. Abfahrt mit Sonderwagen der Linie 43.

Für die Kinder aus Schöneberg um 9 Uhr Haupt-, Ecke Schöninger Straße, für die Kinder aus Friedrichshagen 9.10 Uhr Kollwitzstraße. Die Kinder der Partei treffen sich 8 1/2 Uhr am Bahnhof Schöneberg.
14. Kreis Kollwitz. Helfer zum Sammlertag der Arbeiter-Samariter-Bund finden sich am Sonnabend, 23. Juni, 20 1/2 Uhr, im Lokal Wille, Lema, Ecke Hauptstraße.

Heute, Freitag, 24. Juni.
34. Abt. Die Bezirksleiter werden ersucht, sofort die Programme für den Sommerausflug am Sonntag, 3. Juli, von ihren Gruppenführern abzugeben.
35. Abt. Stregle. Die Genossinnen und Genossen treffen sich 20 Uhr bei Schöbke, Adnanstr. 18, zur Wählaktion für den Arbeiter-Samariter-Bund.

Morgen, Sonnabend, 25. Juni.
1. Abt. Die Bezirksleiter rechnen bestimmt am Sonnabend beim Genossen Pittmann, Hermannstr. 8, Beiträge und Malmarken ab.
27. Abt. 15 Uhr im Lokal „Friedrich-Wilhelm“, Weidenfelder Weg, Kollwitzpark der Genossinnen. Treffpunkt 14 1/2 Uhr Hauptstraße, Ecke Landberger Allee.

Frauenveranstaltungen.
16. Kreis Köpenick. Dritte, Freitag, 24. Juni, 19 1/2 Uhr, im Stadttheater, Kreisfrauenabend.
4. Abt. Sonnabend, 25. Juni, 16 Uhr, Ausflug der Genossinnen nach Treptow, Kaiserparkgärten. Koffer wird geliefert.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 24. Juni.
Gruppe Wedding-Gesandten: 20 Uhr Gruppenabend.
Gruppe Schöneberg: 20 Uhr im Jugendheim Hauptstr. 15, Paragonsaal.

Jungsozialisten. Sonntag, 26. Juni.
Gruppe Tempelhof-Mariendorf: Fahrt nach dem Rieker-Neuendorfer Kanal. Treffpunkt 7 Uhr Kaiserin-Augusta-Straße.
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.
Sonntag, 25. Juni: Sonnenwendfeier in Birkenwerder.
Kreis Mitte: Treffpunkt zur Sonnenweide am Sonnabend, 23. Juni, 17 Uhr, am Hiltmannplatz.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.
37. Abt. Charlottenburg. Unsere alle treuen Mitkämpferin Emma Hillmann ist plötzlich verstorben.
Weiterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachb. verb.): Weiterhin ziemlich kühl und mäßig, zeitweise heiter, vereinzelt Regenschauer, wässrige Winde.

GUGALI Eröffnung 25. JUNI LIEGNITZ
Illustration of a house and a person.

Theater Lichtspiele etc.
Staats-Theater Opernhaus a. Platz d. Republ.
Städtische Oper Charlottenburg
Jugend im Mai (geschl. Vorstellung)
Deutsches Theater Norden 10334-37
Der Hexer
Kammerspiele Norden 10334-37
Papiermühle

Für die Ferienzeit praktische Knaben-Kleidung
Kleider Blusen 3.-
Sporthosen 1.80
Sportblusen 5.-
Einknopf-Anzüge 4.-
Kleider Anzüge 8.-
Kleider Anzüge 10.25
Tiroler Hosen 6.25
Windjacken 12.-
Seineweber Berlin C. Köhlischer Rischmarkt 4-6

VIM Für's ganze Haus-
Vom Boden bis zum Keller ist Arbeit für VIM, das alles - Tische und Gestelle, Spülstein und Herd, Bad, Türen, Treppen und Fenster schmuck und rein macht.

Die Komödie Bismarck 2414-7516
Der Snob
Drei arme kleine Mädels
Der Apler
Noni und Horace
Attraktionen

Volksbühne Theater am Blauplatz
Rose-Theater Gartenbühne
Luna Park Komische Oper
Berlins einzigste Revue: Streng verboten!!!
Trabrennen Ruhleben Freitag, den 24. Juni nachm. 3 Uhr

Große Ausstellung DAS WOCHENENDE am Kaiserdamm
Heute eilt Alles zur Sonnenwendfeier am Funkturm
Volkstänze - Gesangsdarbietungen Johannsfeuer
Riefen-Feuerwerkschauspiel
Keine Preiserhöhung!
Eintrittspreis wie an allen Tagen nur 1 Mark für Erwachsene, für Jugendl. 50 Pfg., Familienkarten i. 3 Erw. od. 2 Erw. u. 2 Jugdl. nur 2 Mark. Erwerbslose (gegen Ausweis) 30 Pfg.

WINTERGARTEN im Rahmen des neuen Varieté-Spielplans DAGMA
Reichshallen-Theater Steffiner Sänger
Theater des Westens
Besonders billigt!

BAD LANDECK IN SCHLESILIEN
Starkradioaktive Schwefelquellen Außerordentliche Heilerfolge bei Gicht, Rheumatismus, Frauen- und Hervenleiden u. a. m.
Mittlen im Hochwald gelegen

Die Faktoren.

Idyll aus einem ungarischen Kleinstädtchen.

Von Johannes Komaromi.

Der Hilfsnotar machte einen Punkt, schüttelte die Feder aus und placierte sie neben dem Ohr. Dann blickte er in den kaligen November hinaus und gähnte dazu:

„Miserables Wetter.“

Später traukte er ein wenig seinen Schnurrbart, dann griff er, einem plötzlichen Einsall zufolge, in die Westentasche, fragte daraus Tabakstaub hervor und drehte eine Zigarette. Den ersten Schlücker zog er tief zur Brust.

In diesem Augenblick ging die Kanzleitur auf und der Notar schob durch sie den Bauch herein. Der „Prinzi“ war beleidigt und kurzfüßig, ein Freund von Borowicka und man wußte von ihm, daß er von seiner Gattin bereits wiederholt Injulten erfahren hatte. Der Prinzi nahm gegenüber dem Gehilfen Platz und warf diesem irgendeinen Brief zu:

„Da, friß!“

Der Gehilfe griff schläfrig danach, überflog ihn, legte ihn hin, stützte erst die Ellenbogen auf den Tisch, gaffte später zum Sitterfenster hinaus und sagte schließlich:

„Den Teufel auch, dieser Stuhlrichter, er zieht mir schon wieder vom Gehalt ab, den Ersten!“

Sprachs und begann, seinen Taschenspiegel hervorholend, aus seiner Nase Ritzesser auszudrücken.

Draußen fiel rasch der Nebel und die Dachrinne träufte seit Morgengrauen. Die Unstuh zeigte Elf. Langeweile sah in der Kanzlei. Ueber die kalige Straße kletterte manchmal ein Gefährt und drauf folgte schläfrige Stille. Teils sog der Gehilfe inzwischen an der Zigarette, teils mühte er sich mit der Nase ab, während der Notar rasch etwas auf einen Zettel schrieb und unter seinem nikotinreichen Schnurrbart unverkennbare Schandenfreude sichtbar wurde.

„Fünf Gulden?“ fragte er dann.

„Soviel zieht er wieder ab,“ brach der Gehilfe los, „weil ich mich mit dem Steuerbogen verpätete, daß er doch vom Schwein gebissen würde, in seinem Fuß — dieser Vornehme. Herr Notar, der wird noch mal was erleben mit mir, der Stuhlrichter!“

„Rana,“ lächelte der Notar.

Worauf der Gehilfe den grünen Jägerhut bereits tief in den Nacken schob:

„Etwas nicht? Und wenn nun einmal die Selbstachtung in mir zu stark hochsteht, und wenn nun der verehrte Herr Kreisrichter einen Brief von mir erblickt und in diesem Brief wird nur stehen: „Drei Schritte Distanz!“ Was wäre dann?“

„Du wirst eine Leiche am andern Tag, lieber Josef,“ sagte ernst der Notar.

Josef Notar antwortete nicht gleich. Er war aufgebracht, daß man ihm gerade jetzt, vor dem Ersten, diese neuerliche Strafe aufhakte. Denn von seinem diesmonatlichen Gehalt hätte er gerne schon diese Achtfünftzig beglichen, die er auf festen Termin und Ehrenwort noch im Sommer von seiner Wirtin geliehen hatte. Außerdem wären da noch Einundzwanzig in der Lebensmittelgenossenschaft zu zahlen gewesen.

„Also, das ist ja möglich, Herr Notar,“ sagte er dann. „Aber selbst wenn's meine Stellung kostet, einmal werde ich doch hinschreiben zu diesem Gestell. Cristian möge er, wo er sich gerade aufhält! Schließlich ist es als Bemütigung immerhin schon etwas, wenn so ein armer Gehilfe solch einem Herrn mal eins auszuweisen darf, wenn ich auch danach gleich zwei Ohrfeigen bekomme...“

„Das hängt halt davon ab,“ erwiderte der Notar verhöllt. Sie schwiegen ein wenig. Und dann fragte der Gehilfe leise, fast mutlos:

„Onkel Istvan, haben Sie nicht ein bißchen Benzin?“

„Ich will gleich nachsehen,“ küßte der Notar zurück, löschte das Geschriebene ab und schlich auf den Zehenspitzen ins Vorhaus. Nach zwei Minuten kehrte er, wieder auf den Fußspitzen, zurück und stellte einen halben Liter Rum auf den Tisch:

„Gehunden.“

Der Gehilfe griff nach der Flasche, ließ den Notar hochleben und tat einen kräftigen Zug. Dann ließ der Notar den Gehilfen hochleben und genehmigte auch einen Schluck.

„Ein gutes Aroma hat er,“ schnalzte der Notar.

„Der wird zu Blut im Menschen,“ rief der Gehilfe begeistert.

Sie setzten sich wieder, die Flasche stehen sie in der Mitte. Die Phantasie des Gehilfen wurde durch den Trank aufgeschloßt und er kam wieder auf das Strafgeid zu sprechen:

„Absoluter Größenwahn beherrscht diese Berühmtheit, glauben Sie mir, Onkel Bista. Weil er der Stuhlrichter ist! Die Drohnen der Gesellschaft!“ fügte er mit beidem Spott hinzu. Demgegenüber sind wir in letzter Stufe die Faktoren der Gemeindeverwaltung... Rede ich gut?“

„Sehr gut,“ nickte der Notar und darauf nahmen sie wieder einen Schluck, die zwei Faktoren.

Der Gehilfe wollte diese Ausführungen fortsetzen, schon holte er mit den drei aneinandergelagerten Fingern zu neuem Schwung aus, als von der Küche unerwartet die Frau Notar eintrat. Die magere, knochige Frau erblickte die Flasche, ihr Auge war blutunterlaufen, wortlos trat sie zu ihrem Gatten, gab ihm zwei Schallende hinter die Ohren und dann ging sie — zitternd vor Wut — zum Gehilfen hinüber und obwohl der Gehilfe den Kopf einzog, kriegte er so zwei, sogar drei ab.

„Doch Gott euch nicht frost, ihr verkommenen Säuser, gestern habt ihr den Franzbranntwein ausgetrunken! Den Krebs in eure Kehle! Den ganzen Tag trepelt ihr da vor Faulheit und das Volk kann umsonst kommen, kann warten!“

Damit zog sie polternd ab.

„Guter Biß,“ murkte der Gehilfe leise. „Dah wir faul! Und wer verläßt beispielsweise den Erzh der Landpostzeit, wenn nicht der Gehilfe, he?“

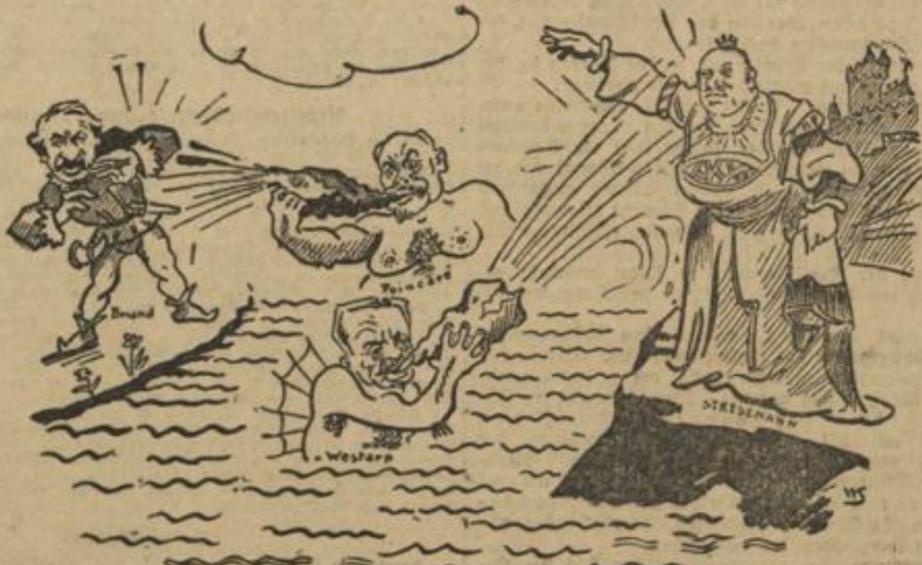
Der Notar genierte die Sache doch ein wenig. Zwar widerfuhr ihm damit von ehelicher Seite nicht zum ersten Male ein öffentlicher Injult; dennoch aber ärgerte ihn die Sache. Später jedoch wurde er müder, denn es gelang ihm, unterm Tisch ein Zigarettenende hervorzustochern. Er brannte es an:

„Jetzt hast auch du getriegt, Josef.“

„Na ja,“ sagte der Gehilfe. „War auch kein Kunststück, wo ich so zur Hand dagefessen bin.“

Dann begannen sie zu schreiben. Der Notar füllte irgendeinen Viehschein aus, und der Gehilfe zerbrach sich den Kopf über eine neue Art Unterschrift. Mit schmalen, grosspizigen Buchstaben schrieb

Außenpolitik.



Es waren zwei KönigsKinder,
Die hatten einander so lieb,

Sie konnten zusammen nicht kommen,
Das Wasser war viel zu tief.

er seinen Vornamen nieder, machte an das t ein kleines Ringel-Schwänzchen, jetzt wirbelte er mit jähem Schwung den Taufnamen hinzu, improvisierte gleichzeitig eine gewagte Endverzierung und verschmierte dann das Ganze:

„Selbst unser Herrgott kann's nicht entziffern!“

Er probierte es nochmals, es gelang wieder. Darauf schob er es bereits dem Notar hin:

„Was sagen Sie dazu, Onkelchen?“

„Es kommt gut dir heraus,“ bedauerte es der Notar.

„Das glaub ich, aber ich fordere es auch tagtäglich! Denn es gibt Talent in Josef Topof, wenn man es ihm auch nicht ansieht (zum Ausdruck mit diesem Stuhlrichter)! Wegen dieser Unterschrift verfolgst er mich, die er mir neidet. Er will einen Märtyrer aus mir...“

Draußen rieselte es in einem fort. Von der Küche hörte man plötzlich lautes Klirren und der Notar zuckte unwillkürlich zusammen. Im Ofen knarrten weinerlich die Scheite und der Gehilfe neigte den Kopf zur Tischplatte nieder, nahm mit dem linken Auge das Papier aufs Korn und malte unerwartet eine neue Verschlingung unter seinem Namen:

„Du kannst fünf Gulden abziehen, aber so (daß du zerspringst!) wirst du niemals schreiben können!“

Und er lächelte dazu — so unendlich zynisch —, daß man das gar nicht erzählen kann.

(Autorisierte Uebersetzung von Alexander Clementi.)

Tanzschrift.

Der zweite Tag des Magdeburger Tänzertongresses war — abgesehen von zwei bedeutenden Vorträgen Babans und des Ballettmeisters der Berliner Staatsoper, Max Terpis, auf die wir noch ausführlich eingehen werden — dem Problem der Tanzschrift (Choreographie) gewidmet.

Baban hat schon darauf hingewiesen, daß aus den sogenannten Gesten der katholischen kirchlichen Würdenträger eine uralte tänzerische Kultur spricht. So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn wir als Verfasser der ältesten Ballett-Tanzschrift einen frommen Vater finden. Spätere Jahrhunderte brachten dann verschiedene choreographische Systeme, die alle aus dem Ballett hervorgegangen sind. Dem Ballett dienen wollten und ausschließlich dem Ballett dienen konnten. Doch, wie einige Tanztheoretiker behaupten, die Choreographie an der Verknüpfung des Balletts mit der Hauptschuld trägt, glaube ich nicht. Die Tatsache, daß das Ballett allmählich sterblich wurde, erleichterte nur den Choreographen die Arbeit, die im wesentlichen darin bestand, konventionelle, Jahrhunderte hindurch unveränderte Bewegungsreihen durch Schriftzeichen festzuhalten.

Unsere Gegenwart, die den neuen Tanz schuf, hat auch das Problem der Tanzschrift wieder aufgenommen. Ihre Wichtigkeit, ja, Unentbehrlichkeit kann, trotz mancher skeptischer Stimmen, nicht bezweifelt werden. Die Tanzschrift ist notwendig zur Konservierung heute anstehender Tanzschöpfungen für spätere Zeiten. Die Kompositionen der Wigman, Balucco, Georgi usw. müssen sonst in dem Augenblick verloren sein, wo ihre Schöpferinnen sie nicht mehr vorführen können. Die Tanzschrift, die für den Tanz dasselbe bedeutet, was die Notenschrift für die Musik bedeutet, dient ferner zur Uebertragung, zum Austausch der tänzerischen Kompositionen. Ein Tanz oder ein Tanzdrama, das choreographisch fixiert ist, kann von jedem Tänzer einstudiert und reproduziert werden, der die betreffende Tanzschrift beherrscht.

Eine ganze Reihe choreographischer Systeme ist im Laufe der letzten Jahre entstanden. Sie haben alle dasselbe Ziel, gehen aber von verschiedenen Prinzipien aus und verfolgen die mannigfaltigsten Wege. Von dieser Mannigfaltigkeit zeugten die Referate der Baban-Schülerin Gertrud Snell, des bekannten Berliner Tanztheoretikers Bischer-Klami, des Prof. Lothar Schreyer und der Frau Grimm-Keller, die das Problem auf den Tänzertongress behandelten. Ob man, wie Gertrud Snell ausführte, bei der Tanzschrift vom Rhythmus, vom Körper oder vom Raum ausgeht, ob man Bishers drei Bewegungsebenen zur Grundlage macht, oder mit Schreyer eine Choreographie aus Farbform-Elementen und Wort-Ton-Elementen aufbaut — Zweck und Ziel bleiben in allen Fällen die gleichen. Soweit sich die Resultate heute übersehen lassen, ist das System Bischer, das mit Recht den Namen „Bewegungsschrift“ (im Gegensatz zur bloßen Tanzschrift) führt, und das in der Berliner Klami-Schule gelehrt wird, das umfassendste und am leichtesten zu erlernende. Mit seinen Zeichen lassen sich nicht nur alle tänzerischen und gymnastischen, sondern auch alle Arten von Arbeitsbewegungen festlegen. Es kann also für den Tänzer, für den Gymnastiktreibenden und für den Soziohygieniker von Bedeutung werden. Ein abschließendes Urteil wird sich allerdings erst dann bilden lassen, wenn das System über die Tänzertreife hinaus verbreitet und von sachkundigen Praktikern auf seine Verwendungsfähigkeiten und -möglichkeiten geprüft worden ist.

Max Liebermanns Lebenswerk.

Feier seines 80. Geburtstages in der Akademie.

Max Liebermann erreicht am 20. Juli das biblische Alter von 80 Jahren. Als den Senior der Berliner Kunsterschaft und ihrem Präsidenten widmet ihm die Akademie der Künste eine Ausstellung, die am Donnerstag im Beisein des Kultusministers und zahlloser Prominenten von Kunst, Wissenschaft und Dichtung eröffnet wurde: mit einem Prolog, von Wilhelm v. Scholz gedichtet und von Lothar Mühlhölzer gesprochen, mit einer schönen Musikkonzertführung und Festreden von Philipp Frank und anderen.

Ueber das Dasein und Wirken des bedeutenden Mannes, der mit seinem ganzen Schaffen, einige Jahrzehnte und einen Aufenthalt in München (1878-84) abgerechnet, stets Berlin angehört hat und der repräsentativste Vertreter der Berliner Kunst seit Menzel war, brauchen nicht viele Worte verloren zu werden. Der Widerstand der wilhelminischen Hof- und amtlichen Kreise, das schöne Wort von der Kunststunde und der „sanzen Richtung, die uns nicht paßt“, haben ihn vielleicht populärer gemacht, als seine Kunst selber vermochte, obwohl sie mindestens in der Zeit ihrer Blüte durchaus sozialer Art war und das Beste an Bildern der Arbeit herporgebracht hat, das der Epoche der sogenannten Armeeulmalerei überhaupt gelungen ist.

Hieron und von der Frucht einer mehr als fünfzigjährigen Tätigkeit spricht die Ausstellung selber, und es ist für jeden Arbeiter von Hand oder Kopf lehrreich und gemüthlich, die Akademie in diesen Monaten aufzusuchen. Zwar fehlt hier gänzlich seine Zeichnung — die bei Cassirers, Bruno und Paul, demnachst gezeigt wird — und seine Graphit, und von seinem ungeheuren Werk sind gerade hundert Delgemälde ausgewählt und in fünf Säle gestellt. Aber es zeigt sich, daß diese Beschränkung sehr klug war, und daß die Art der Auswahl, die von Liebermanns Biographen Erich Hande vorzüglich beraten war, das Gelingen seiner Schöpfungen in einer ausgezeichneten Anordnung vorführt. Daß man nur Erstklassiges aus den Jahren 1872 bis 1927 nahm und nicht in histo- rischer Folge hängte, sondern gemischt nach Alter, Gegenstand, Farbe und Format, und so, daß fast alle Bilder sich gegenseitig in der Wirkung steigern, macht die Ausstellung so fesselt.

Hier wird offenbar, was den vorurteilslosen Kenner Liebermanns nicht überrascht, weil er es längst schon wußte, daß der Schwerpunkt seiner künstlerischen Wirkung in den ersten beiden Jahrzehnten liegt, und daß sein Streben nach impressionistischer Auslösung und Momentdarstellung ihm sein kluges und weise abgewogenes System zerstört hat, ohne etwas Gleichwertiges an die Stelle der ernsthaften Darstellungskunst zu setzen. Liebermann begann in den sebziger Jahren mit einer tonigen Dunkelmalerei in Braun nach Art von Franz Hals und dem frühen Ranet; er erreichte in den achtziger Jahren seine Höhe in der großfigurigen Komposition nach dem Leben, die Landschaft und Innenraum als Raumgefäß seiner bewegten Figuren einbezog. Die letzten dieser großen und in der europäischen Kunst bedeutungsvollen Gemälde, die „Alte Frau mit Ziegen“ von 1890, enthält zugleich auch die Keime der Zerlegung: das treibende Kleinair und die Heftigkeit der in den Raum stößenden Momentbewegung. Was er selber geschaffen hat, erreichte nie mehr die Gehaltlosigkeit wohlüberlegter Bildkomposition und erscheint mit dem Glücke des konsequenten Impressionismus behaftet, Inzollprodukt und große Stütze zu bleiben. Die Labilität des „Auschnittes“ brachte es nunmehr mit sich, daß an Stelle von Vorarbeiten und endgültiger Bildwirkung die Serienbilder entstanden, von denen eines für alle steht und keines ein absolutes Ziel darstellt; so die Judengasse, badende Jungen, Kelter am Meer, Polospieler, Nordwestbilder, Wannsee- gärten usw.

Daß Helligkeit oder dunkle Palette dabei nur eine Nebenrolle spielen, lichte Bilder schon früh auftauchten (das wohl schönste Bild der Ausstellung, die „Wische“ von 1880 ist, wie an allen guten Dingen, auch an Helligkeit reich) und dunkle Landschaften auch später möglich sind, das erweist wohl die Unabhängigkeit Liebermanns von den Franzosen und zeigt, wie tief seine eigene tonige Auffassung der Welt genurzelt war.

Künstlerisch und gegenständlich in gleichem Maße bleiben seine Frühbilder die vollkommensten und sympathischsten: die herrliche Gemäldeschülerin von 1874, die berühmten Arbeiter im Rübenfeld, die Geschwister, Mutter und Kind, alle drei von 1876, bezeichnen am besten die braune Anfangsperiode und die Kraft dieses Dreißigjährigen, mühebelobende Menschen in ihrer einfachen Existenz ergreifend darzustellen. Daß es gar nicht darauf ankommt, ob einer braun oder weiß malt, daß Hellmalerei absolut kein Fortschritt zu sein braucht, wird glänzend offenbar vor vielen lebendig erfassen Gestalten. Und nachdem er sich die Erscheinung des Arbeitenden zu eigen gemacht hatte, vermochte es Liebermann auch, Sinn und Greifbarkeit der Arbeit selber zu geben. Nicht nur, weil sie das Volk in unübertroffener Wahrheit darstellen, sind die grandiosen Schilderungen der Schusterwerkstatt, der Seilerbahn, der Flachshauer und vor allen der meistherhaften Regelschneiderinnen aus den achtziger Jahren als Höhepunkt seines Schaffens zu bezeichnen, sondern weil in ihnen einer hohen Anschauung des Lebens die Kraft entspricht, sie in wohlgeordneter Darstellung, lähn im Raum bewegt, zu verkörpern.

Dr. Paul K. Schmidt.

